

Liebe Angehörige und Freunde,

der Präsident des Sozialverbands VdK Deutschland, Walter Hirrlinger, hat in den so genannten „Modulen“ der Hartz-Kommission eine Lücke entdeckt. „Die Kommission hat die schwerbehinderten Menschen schlicht vergessen und hat deren Probleme der Arbeitslosigkeit hier ausgeklammert.“ - „Arbeitslosigkeit ist aber nicht ausklammerbar.“ Hirrlinger mahnte an, die Rahmenbedingungen für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu verbessern. (siehe VdK, Pressedienst, Archiv August 2002, www.vdk.de) Offensichtlich gilt der Slogan „Arbeit für alle!“ nicht für schwerbehinderte Menschen. Die Umsetzung der Hartz-Vorschläge zum Abbau der Arbeitslosigkeit waren kürzlich Thema eines Treffens im Kanzleramt. Bundeskanzler Schröder kündigte an, die Hartz-Vorschläge sollten nach der Bundestagswahl Teil eines Koalitionsvertrags werden. Also jetzt die Chance noch nutzen, um Druck zu machen - für ein „Modul Schwerbehinderte“.

Gleichzeitig möchten wir Sie auf unsere Fachtagung am 19.10.2002 in Rostock aufmerksam machen, siehe unser Faltblatt. Wir freuen uns über eine zahlreiche Teilnahme und einen regen Gedankenaustausch.

Ihr Vorstand

und

Lichtblick-Team, Rostock 30.09.2002

Selbstbewusst und solidarisch - Ein Länderrat mit Programm

(li/PSU). Lange schon war kein Länderrat - die regelmäßigen Treffen der Vertreter der Landesverbände der Angehörigen - so gut besucht wie der in Mainz, wohin die Rheinland-Pfälzer vom 24. bis zum 26. Mai 2002 nach Mainz eingeladen hatten. Außer Schleswig-Holstein waren alle Bundesländer vertreten. Nahezu einhellig war nach zweieinhalb anstrengenden Tagen die Meinung: Es hat sich gelohnt; der Austausch und gute Gespräche waren wie immer ein „Markenzeichen“ der Treffen. Aber auch für den Bundesverband gab es Entscheidungen, die wohl einen Meilenstein in seiner Entwicklung darstellen. Und natürlich nicht zu vergessen die wunderschöne Tagungsstätte, das außergewöhnlich gute Essen und die Organisation und Durchführung durch den Landesverband, der dem hervorragenden Ambiente in nichts nachstand... Getagt wurde im INNdependence, einem als Integrationsbetrieb im vorigen Jahr eröffneten Gästehaus, dessen Vorzüge die Teilnehmer sowohl direkt wie auch vermittelt durch Geschäftsführer Joachim Storck erleben konnten. Für das Haus gab es übrigens zeitgleich den von der Firma Janssen Cilag gestifteten Zukunftspreis. Herzlichen Glückwunsch!

Lokalkolorit lieferte auch Bernhard Scholten, der Psychiatriereferent des Landes, in durchaus der Jahreszeit angepassten frühlinghaften Farben. Was hier in den letzten Jahren strukturell an Entwicklung in der psychiatrischen Versorgung geleistet wurde, hat Vorbildcharakter, zumal in einem Flächenland. Stichworte dazu sind die Umsetzung des Personenzentrierten Ansatzes, wo die AKTION PSYCHISCH KRANKE mit einigen Implementationsmodellen zugange ist, Modellprojekte zum persönlichen Budget mit der Zielsetzung „Selbstbestimmtes Leben“ durchführt und nicht zuletzt die Einbeziehung der Angehörigen in die Entscheidungs- und Gremienarbeit, wo sich eine erfreuliche Entwicklung vom Vorzeigestatus hin zum Arbeitsalltag vollzogen zu haben scheint.

Danach ging es um Themen aus anderen Bundesländern, wobei die Auseinandersetzung mit radikal antipsychiatrischen Meinungen und Einflüssen im Rahmen der Selbsthilfe im Mittelpunkt der Diskussion stand. Roland Hartig aus Rostock informierte über die Auseinandersetzungen des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern im Zusammenhang mit der Diskussion um Einflüsse von Scientology und Irma Klein, LV ApK Saarland berichtete über problematische Erfahrungen anlässlich einer Veranstaltung der Psychiatrie-Erfahrenen in Saarbrücken, wo es undifferenziert und einseitig um das Absetzen von Medikamenten ging.

Von den Regionen zu Europa: Über die Arbeit auf europäischer Ebene im Angehörigenverband EUFAMI konnte Peter Arp berichten, der im vergangenen Jahr in den Vorstand der Organisation als Schatzmeister gewählt wurde. In Anbetracht der Verlagerung von Entscheidungskompetenzen nach Brüssel appellierte er an eine aktive Einflussnahme und Stärkung von EUFAMI, wobei die Zusammenarbeit auf der Ebene der Länder natürlich nicht einfacher ist, als im „eigenen Haus“.

Wo gibt es das schon, dass eine Ministerpräsidentengattin so einfach einem Angehörigentreffen einen Besuch abstattet? In Rheinland-Pfalz natürlich, wo Roswitha Beck schon seit Jahren mit ihrem Förderverein für Gemeindeförderung Psychiatrie sich für einen Bereich einsetzt, für den sonst so selten Prominenz und Öffentlichkeit zu gewinnen sind. Wie das zu bewerkstelligen ist,

stellte Frau Beck ganz selbstverständlich und unpräventios am Samstag Vormittag auf dem Länderrat vor. Was hier in Rheinland-Pfalz geht, müsste doch eigentlich auch anderswo funktionieren ... So mancher der Teilnehmer ließ dabei wohl die Riege einheimischer Politiker vor seinem geistigen Auge vorbeiziehen ...

Um Projekte des Bundesverbandes ging es im Anschluss. Neben dem Ausbau der Telefon- und Internetberatung und der flächendeckenden Fortsetzung der Befragung zu Anforderungen an die Entwicklung der Selbsthilfestrukturen der Angehörigenbewegung ging es dabei vor allem um ein innovatives Projekt zur Situation seelisch kranker Menschen am Arbeitsplatz, das der BApK in den kommenden Jahren gemeinsam mit dem Bundesverband der Betriebskrankenkassen durchführt. Wie schlecht es um die Teilhabe psychisch Kranker am Arbeitsleben bestellt ist, belegte jüngst eindrücklich der von der AKTION PSYCHISCH KRANKE zu diesem Thema vorgelegte Zwischenbericht (siehe diese Ausgabe, nächste PSU, d. R.). Um so wichtiger erscheint es, schon im Vorfeld durch Information und die Vermittlung konkreter Hilfeangebote in den Betrieben Arbeitsplatzverluste zu vermeiden. Marlies Hommelsen, Projektmitarbeiterin, informierte über das Projektdesign „Psychische Erkrankungen im Arbeitsleben“ und die Auftaktveranstaltung am 21. Juni bei der BKK in Essen.

Wie entwickelt sich der Bundesverband, welche Forderungen haben Angehörige an die psychiatrische Versorgung? Antwort auf diese Fragen geben ein Grundsatzprogramm und die Agenda 2006, die in den vergangenen Monaten ausführlich diskutiert und auf dem Länderrat nun abschließend vorgestellt wurden. Damit positioniert sich der Verband mit einem erweiterten Selbstverständnis als Selbsthilfeorganisation der Familien, was die Einbeziehung der Partner, Kinder, Geschwister, aber auch natürlich der Erkrankten selbst ausdrücklich und selbstverständlich einschließt. Hiermit wird sozusagen eine Entwicklung nachvollzogen, die in den einzelnen Gliederungen schon lange praktiziert wird. Dies fand die ungeteilte Zustimmung der Landesvertreter, die verbunden war mit der Hoffnung, dies auch in der Außenwahrnehmung entsprechend dem neuen Motto „Mit psychisch Kranken leben. Selbstbewusst und solidarisch“ offensiv darzustellen. Wie dies in einem neuen Erscheinungsbild seinen Niederschlag finden kann, war im Anschluss Gegenstand der Diskussion, die dann im Anschluss belebt durch eine Kupferberg-Sektprobe beim abendlichen Biergartenbesuch fortgesetzt wurde und im Einzelnen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist. Am Sonntag dann stand die Mitgliederversammlung des BApK auf der Tagesordnung, die neben einer grundsätzlichen Entscheidung für die Neuorientierung mit Vorstandswahlen verbunden war. Dank und Anerkennung galt für die geleistete Arbeit der nicht mehr kandidierenden Stellvertretenden Vorsitzenden Marianne Bredendiek sowie den ebenfalls ausscheidenden Vorstandmitgliedern Irene Norberber und Günter Kosch. In den neuen Vorstand gewählt wurden: Dr. Alfred Speidel, Lahnstein, als Vorsitzender, Jutta Seifert, Gießen, als Stellvertretende Vorsitzende, Leonore Julius, Mainz, als Schatzmeisterin, Egbert Schaeffer, Düsseldorf, als Schriftführer und als Beisitzer Ursula Brand, Konstanz, Dr. Ingrid Bräunlich, Jena und Dr. Renate Grötzbach, Berlin. BApK: <http://www.psychiatrie.de/bapk/Default.htm>

Expertenforum zur Sat1-Serie „Die Anstalt“

(EB-mk). Ab sofort stehen auf der Webseite des Fernsehsenders Sat1 <http://www.sat1.de/dieanstalt> acht Experten in einem Forum für Zuschauerfragen rund um die Psychiatrie zur Verfügung. Es ist Bestandteil einer Reihe von psychiatrischen Informationsangeboten im Internet, die der Sender begleitend zur Serie „Die Anstalt“ bereit stellt. Der ursprünglich für jeweils im Anschluss an die einzelnen Folgen geplante einstündige Life Chat mit Experten wurde in ein Forum umgewandelt. So können Fragen auch unabhängig von den jeweiligen Sendeterminen von den Experten beantwortet werden. Ziel ist es, begleitend zur Sendereihe Zuschauern und Usern die Möglichkeit zu geben, sich fachlichen Rat einzuholen oder einfach nur Fragen zu stellen, die im Rahmen der Sendung auftauchen. Das Expertenteam besteht aus vier Fachärzten für Psychiatrie, zwei Angehörigen, zwei Psychiatrieerfahrenen und einer Moderatorin. Um den Usern transparent zu machen, wer sich hinter den „Ratgebern“ verbirgt, werden die Beteiligten mit Namen, Funktion und Fachgebiet in einer Expertenliste aufgeführt. So haben die Zuschauer und User auch die Möglichkeit, thematisch gezielte Fragen an eine der Personen zu stellen. Ergänzend zur Sendereihe und dem Expertenforum stehen umfangreiche Hintergrundinformationen zu psychiatrischen Themen aus dem Psychiatrienetz zur Verfügung, die in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Angehörigen psychisch Kranker (BApK e.V.) und dem Psychiatrie-Verlag ausgewählt wurden. Eine solche „psychiatrische Community“ ist für einen deutschen Fernsehsender bislang ein Novum. Wie sie langfristig genutzt wird, werden die nächsten Wochen zeigen.

Die Fernsehserie: „Die Anstalt - Zurück ins Leben“, das ist die geschlossene Station einer psychiatrischen Klinik. Das sind bewegende Schicksale, dramatische Konflikte und amüsante Begegnungen. Drinnen die psychiatrische Abteilung, draußen die geregelte, „normale“ Welt. Aber sind die Grenzen zwischen Krank und Gesund, Gut und Böse, Wahn und Wirklichkeit tatsächlich so scharf, wie wir alle glauben? Da sind die Ängste, Träume und Hoffnungen der Patienten und ihrer Angehörigen einerseits, die beruflichen und privaten Herausforderungen für Ärzte, Schwestern, Pfleger andererseits. Schicksal für die Einen, Job für die Anderen - jeder in diesem Ensemble lebt tagtäglich ein solches Abenteuer. Ab 12.09.02, Sat1, donnerstags 21:15 Uhr. <http://www.sat1.de/dieanstalt>

VdK: Kampf gegen Arbeitslosigkeit Behinderter fortsetzen

Berlin (ddp). Der Sozialverband VdK fordert von der künftigen Bundesregierung einen weiterhin entschlossenen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit behinderter Menschen. Verbandspräsident Walter Hirrlinger zeigte sich überzeugt, dass das eigentlich bis Ende Oktober angestrebte Ziel von „50 000 Jobs für Schwerbehinderte“ bis Jahresfrist erreicht sein wird. So lange sich die Arbeitgeber um die Einstellung Schwerbehinderter bemühen, werde sein Verband nicht auf die Anhebung der Pflichtquote bestehen, sagte Hirrlinger der Nachrichtenagentur ddp in Berlin. Entscheidend sei für ihn nicht, ob die 50 000 Stellen „zwei Monate früher oder später“ erreicht werden. Als weitaus wichtiger bezeichnete es Hirrlinger, dass nach den 50 000 noch einmal dieselbe Zahl an Jobs angestrebt wird. Bis zum Jahr 2005 könne es so rund 100 000 schwerbehinderte Arbeitslose weniger geben als zu Beginn der Öffentlichkeitskampagne im Herbst 2000. Hirrlinger betonte, unter Rot-Grün habe es in der Behindertenpolitik einen „Paradigmenwechsel“ gegeben, der fortgesetzt werden müsse. So gelte es, das reformierte Sozialgesetzbuch V (SGB V) nun umzusetzen. Der VdK-Präsident zeigte sich überzeugt, dass dieser Kurs auch unter einer neuen Regierungskoalition fortgesetzt wird. Für die nächste Legislaturperiode forderte Hirrlinger zudem eine vernünftige Gesundheitsreform. Diese dürfe „nicht für Patienten und Versicherte gemacht werden, sondern mit ihnen“. Notwendig sei darüber hinaus, die Eingliederungshilfe für Behinderte aus dem Bundessozialhilfegesetz herauszulösen und dafür ein neuartiges Leistungsgesetz zu schaffen.

AUS DEN LÄNDERN

AOK Hessen: 92500 Euro für die Selbsthilfeförderung

BÜDINGEN (pd). 925000 Euro hält die AOK Hessen in diesem Jahr für die Förderung der Selbsthilfe bereit. Neben bundesweiten Organisationen werden auch die regionalen Selbsthilfe-Kontaktstellen sowie einzelne regionale und örtliche Gruppen unterstützt, darunter auch die Selbsthilfegruppe Morbus Bechterew aus Büdingen. „Wir sind stolz, mit 925 000 Euro in diesem Jahr erstmalig 52 Cent pro Versicherten für die Förderung der Selbsthilfe in Hessen bereit stellen zu können“, erklärte Barbara Treichel. In diesem Jahr stellten 580 Selbsthilfegruppen einen Antrag auf Förderung, im letzten Jahr waren es nur knapp 400 Förderanträge. Auch im Wetteraukreis erhalten Selbsthilfegruppen Fördergelder aus dem Topf der AOK Hessen, so die Selbsthilfegruppe nach Krankheit, die Diabetiker-Selbsthilfegruppe und die Frauenselbsthilfe nach Krebs. Die Gelder fließen überwiegend in laufende Kosten wie Porto, Telefon- und Kopierkosten sowie in spezielle Veranstaltungen und Projekte. Die Palette der Erkrankungen, deren Betroffene sich regelmäßig über ihre Probleme und Erfahrungen austauschen, reicht von Alkoholismus über Osteoporose bis hin zu Gehörlosigkeit. „In diesem Jahr konnten wir eine starke Zunahme der Anträge für Selbsthilfegruppen aus dem Bereich der Suchterkrankungen erkennen. Auch Selbsthilfegruppen zu psychischen Erkrankungen scheinen vermehrt aus dem Boden zu schießen“, so Barbara Treichel. Sie führt dies zum Einen auf eine Enttabuisierung dieser Erkrankungen zurück sowie auf die Zunahme an Erkrankungsfällen. Für die Förderung von Projekten können die Selbsthilfegruppen noch Anträge an die AOK Hessen stellen. Zentrale Ansprechpartnerin ist Barbara Treichel in Darmstadt, Telefon: 06151/393285.

Quelle: <http://www.kreisanzeiger.de> (Stichwort: „925000 Euro“)

Bayern: Kabinett billigt Gesetzentwurf zur Gleichstellung Behinderter

München (ddp-bay). Die Behinderten in Bayern sollen künftig in ihren Rechten gestärkt werden. Das Kabinett billigte jetzt einen Entwurf von Sozialministerin Christa Stewens (CSU) für ein Gleichstellungsgesetz zur besseren Integration behinderter Menschen. Schwerpunkte sind eine Verbesserung der Barrierefreiheit und Mobilität behinderter Menschen, die Erleichterung der Kommunikation durch Anerkennung der deutschen Gebärdensprache sowie die Einrichtung kommunaler Behindertenbeauftragter. Außerdem sollen anerkannte Verbände ein Verbandsklagerecht erhalten. Das Gesetz soll noch in diesem Jahr in den Landtag eingebracht werden. Die Grünen begrüßten den Gesetzentwurf. Das neue Gesetz werde behinderten Menschen helfen, ihre Rechte leichter und besser durchzusetzen, sagte die Sozialexpertin der Landtags-Grünen, Theresa Schopper. Den Weg für das bayerische Gesetz habe die rot-grüne Bundesregierung mit der Änderung des IX. Sozialgesetzbuchs geschaffen.

Schwerin: Psychiater beklagen schlechte Versorgung

(naps/rh). Ambulante Fachärzte für Neurologie und Psychiatrie beklagen eine fortschreitende Zwei-Klassen-Medizin und eine Minderversorgung psychiatrisch und neurologisch Kranker in Mecklenburg-Vorpommern. „Aktuell werden für die ambulante Behandlung eines Patienten beim Nervenarzt je nach Krankenkasse nur noch maximal zwischen 30 bis 40 Euro pro Quartal zur

Verfügung gestellt“, sagte Dr. Frank Unger, Landesvorsitzender des Berufsverbandes Deutscher Nervenärzte (BVDN M-V), auf einer Tagung im Schweriner Schloß. Die Situation habe sich in den letzten fünf Jahren deutlich verschlechtert. In diesem Zeitraum seien, „trotz einer steigenden Zahl zu versorgender Patienten“, die Gelder pro Patient um 35 Prozent gesunken. Der Berufsverband stellte zudem klar: Entgegen der gesetzlichen Vorgabe werden chronisch psychisch und neurologisch Kranken die benötigten Medikamente vorenthalten. So gebe es neue atypische Antipsychotika (Neuroleptika), die bei Schizophrenie effektiv wirken. Der wesentliche Grund für den geringen Einsatz ist das limitierte Budget und die Furcht vor dem Regress. Damit würden, so Unger, „teure“ chronisch psychisch Kranke zum existentiellen Risiko einer Nervenarzt-Praxis“.

Ambulante Psychiatrie: nur fünf Prozent der Gesamtkosten

Dr. Unger verwies darauf, dass der ambulante Bereich „ohnehin nur etwa fünf Prozent der Gesamtkosten verursacht.“ Es gilt jedoch diesen Bereich zu stärken, „um die verbesserten Therapiemöglichkeiten umsetzen zu können - mit der Chance eines erheblichen Einsparpotentials“. Eine Ärztin warnte in der Diskussion davor, die durch die alten typischen Antipsychotika verursachten Spätfolgen wie Spätdyskinesien und Parkinsonsymptome zu verharmlosen. Der Spagat zwischen Haftung und Regress sei schwer auszuhalten. Einen Ausweg zeigen die KV-Bereiche Westfalen-Lippe, Nordrhein, Brandenburg, Hessen und Koblenz auf. Dort fallen bereits die Atpika als Praxisbesonderheit nicht mehr unter das limitierte Budget.

Durch Ausgrenzung droht weiterer Abbau

Mit Sorge sehe der Berufsverband die bereits beschlossenen Disease-Management-Programme. „Diese berücksichtigen keine neurologischen oder psychiatrischen Erkrankungen, trotz erheblicher Vorarbeiten des Verbandes.“ Durch diese Ausgrenzung drohe ein weiterer Abbau in der medizinischen Versorgung. Die Lage sei schon prekär genug: So gebe es in M-V keinerlei Präventionsleistungen, keine medizinische Rehabilitation, keine Soziotherapie. Bei gravierenden ZNS-Erkrankungen wie Alzheimer und Parkinson, aber auch bei schwerwiegenden psychischen Erkrankungen vergehe bis zur Diagnosestellung viel Zeit. Abgeschafft wurde das Honorar für Gespräche mit Angehörigen schwer psychisch kranker Menschen. Der Berufsverband kündigte einen weiteren Mangel an: In den nächsten sechs Jahren werden 39 Prozent der ambulant nervenärztlich tätigen Fachkollegen ihre Praxis abgeben - „an wen?“ Auf den Punkt gebracht: Eine jahrelange Arzt-Odyssee, verkannte Diagnosen, falsche Therapien und unkoodinierte Behandlungen schaden der Gesundheit der Patienten und „vergeuden die so dringend benötigten Ressourcen“.

Integration ist die beste Therapie

Die differenzierte, moderne Behandlung chronisch neurologischer und psychiatrischer Behandlungen setze, so der Verband der Nervenärzte, sehr spezielle, in der Regel fachärztliche Kenntnisse voraus. Dabei müsse die ambulante Rehabilitation wohnortnah unter Einbeziehung der psychiatrisch tätigen Vertragsärzte erfolgen. Dazu heißt es in der Schweriner Erklärung: „Gute Therapie bewirkt Integration. Integration ist die beste Therapie - Integration spart Kosten“. Doch zur Umsetzung fehle das Geld. Harry Glawe, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und Gesundheitspolitischer Sprecher, forderte die Sozialministerin zum Handeln auf. Es sei nicht länger zu verantworten, die ärztlichen Leistungen für Patienten in einem so engen Budget zu halten. In diesem Zusammenhang wies Dr. Jörgen Fuchs, Gesundheitspolitischer Sprecher Bündnis 90/Die Grünen, auf die hohen Wirtschaftlichkeitsreserven im Gesundheitssystem hin. Er nannte als Beispiel die 23 Kassenärztlichen Vereinigungen. Dass Patienten auch künftig und langfristig an der Psychoedukation und Soziotherapie teilnehmen können, forderte Ulrike Schob, Vorsitzende des Angehörigenverbandes M-V. (LApK). Sie kritisierte den jetzt von der KV Berlin eingeführten Arzneimittel-Bonus. Diese Regelung sei ein falscher Anreiz, besonders chronisch Kranke effektiv zu behandeln. Psychisch kranke Menschen dürfen nicht vom medizinischen und rehabilitativen Fortschritt ausgeschlossen werden, ergänzte Helmut Hartig, Ehrenvorsitzender des LApK. Fazit der Veranstaltung: Einsparungen im Gesundheitssystem dürfen nicht auf dem Rücken der Patienten vorgenommen werden. Dazu will der BVDN M-V mit allen Beteiligten im Gesundheitssystem; Landesvertretern, Krankenkassen, Politikern sowie Bündnispartnern aus der Selbsthilfe nach Wegen suchen, um die Umsetzung moderner medizinischer Therapiemaßnahmen zu sichern im Interesse der Kranken, ihrer Angehörigen und der Gesellschaft.

Mecklenburg-Vorpommern: Internet hilft bei der Arztsuche

(naps/rh). Patienten und ihre Angehörigen können jetzt über die Homepage der Ärztekammer M-V den wohnortnahen Facharzt finden. Über das Menü „Arzt in Ihrer Nähe“ gelangen Nutzer zu einer Suchmaske. Über diese kann man sich eine Liste mit Arztpraxen und Kliniken der Region sowie eine Landkarte mit den jeweiligen Standorten und Anfahrtswegen anzeigen lassen. Zusätzlich werden Informationen zu den beruflichen Qualifikationen des Arztes sowie Kontaktmöglichkeiten in Form eines „Virtuellen Praxisschildes“ angezeigt. <http://www.aek-mv.de>

Zentrale Beratungsstelle der PIBS in Mecklenburg-Vorpommern

(Patienten-Informations- und Beratungsstellen) unter: <http://www.pibs-mv.de> Träger des Projektes ist die LandesArbeitsGemeinschaft Selbsthilfe Behinderter e.V. Mecklenburg-Vorpommern (LAG SB): <http://www.lagsb-mv.de>

Veranstaltungskalender Mecklenburg-Vorpommern: SELBSTHILFE + GEMEINDEPSYCHIATRIE + KLINIKEN

++ 5. WOCHEN DER GEMEINDEPSYCHIATRIE IN SCHWERIN, 9. bis 13. September 2002, Initiative Soziale Arbeit e.V. Schwerin mit weiteren Veranstaltern. Für weitere Informationen und Rückfragen Tel: 0385 - 61 40 15, Fax: 0385 - 55 777 86, <http://www.anker-sozialarbeit.de>, info@anker-sozialarbeit.de

- Montag, 9. 9., 11 Uhr, Eröffnungsveranstaltung, u.a. mit Ausstellung von Bildern junger Künstler des Clubs Quer, Begrüßung durch den Vorstand der Initiative Soziale Arbeit e.V., Vorstellung des Wochenprogramms, Gespräche mit den Künstlern bei einem kleinen Imbiss. Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6 (Foyer, Multifunktionsraum), 14 bis 16 Uhr, Vortrag „Ambulante Rehabilitation bei Abhängigkeitserkrankungen“, Dipl.-Psych. Volker Premper, Leitender Psychologe an der Klinik „Schweriner See“ Lübstorf, mit anschließender Diskussion, Ort: Landreiterstr. 9

- Dienstag, 10. 9., 9 bis 16 Uhr: „Tag der offenen Tür“, Gesundheitsamt sowie Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen Schwerin (KISS) e.V. stellen sich vor. Ort: Gesundheitsamt, Anne-Frank-Str. 29., 16 bis 17.30 Uhr: Gesprächsrunde „Selbsthilfegruppen sind Werkstätten zum Leben-lernen“ mit Sitke Gajek, Leiterin der KISS und N.N., Psychotherapeutin. 17 Uhr: Buchlesung Nicola Keßler: „... fast wie Phönix. Literarische Grenzgänge“ Bonn, Psychiatrie-Verlag 1998, Dr. Nicola Keßler liest authentische Texte, niedergeschrieben in psychischen Krisen, gesammelt in der Dokumentationsstelle Literatur und Psychiatrie der Universität Münster. Ort: Schleswig Holstein Haus, Puschkinstr. 12.

- Donnerstag, 12.9., 14 bis 16 Uhr: „Tag der offenen Tür“, Die C.-F.-Flemming-Klinik, Wismarsche Str. 393 stellt ihre Station für Kinder- und Jugendlichenpsychiatrie und -psychotherapie vor. - 16.30 Uhr: Die Selbsthilfegruppe der Angehörigen und Freunde psychisch Kranker lädt ein zu einer Gesprächsrunde: „Es ist ein gutes Gefühl, nicht allein zu sein.“ Ort: KISS, Anne Frank Str. 29 - 17.15 Uhr: DAS WEISSE RAUSCHEN, Forumkino im Capitol, Wismarschestr. 12

- Freitag, 13.9., ab 19 Uhr: Abschlussabend und Ausklang der „5. Woche der Gemeindepsychiatrie“. Die Initiative Soziale Arbeit e.V. lädt ein zu gemütlichem Beisammensein mit wahnsinnig humoristischen Einlagen, verrückten Sketchen und irrer Musik. Musik: Reinhard Lippert. Ort: Haus der Kultur, Ataraxia (Saal), Arsenalstr. 8

++ 14. SEPTEMBER 2002 (Sonnabend): „Depressionen verstehen - bei der Bewältigung helfen“, Seminar für Angehörige und Freunde psychisch kranker Menschen, Landesverband M-V der Angehörigen und Freunde psychisch Kranker e.V., 10 Uhr, Referent: Prof. Dr. med. Wolfgang Schwarzer, Facharzt für Nervenheilkunde und für psychotherapeutische Medizin, Professor für Sozialmedizin und Psychiatrie an der Katholischen Fachhochschule für Sozialarbeit, Köln, Themen: Unterschiedliche Sichtweisen der Depression, wissenschaftliche Beschreibung, Therapiemöglichkeiten, die Rolle der Angehörigen. Tagungsort Rostock, nur noch wenige Plätze frei, weitere Information: LAPK e.V. (MV), Henrik-Ibsen-Str. 20, 18106 Rostock Tel./Fax 0381-72 20 25

++ PSYCHOSE-SEMINAR in Wismar: „Mein Weg der Auseinandersetzung mit der eigenen Krankheit“, Mittwoch, 18. September 2002 um 16.00 Uhr im Clubraum „Das Boot“, Baustraße 54, Veranstalter: „Das Boot“ Wismar e.V. (Tel. 03841-200 427) in Zusammenarbeit mit der Selbsthilfegruppe der Angehörigen und Freunde psychisch Kranker.

++ PSYCHOSE-SEMINARE in Rostock: VHS, Alter Markt, jeweils 17 Uhr. Veranstalter: LV Psychiatrie-Erfahrener, Förderverein Gemeindepsychiatrie, LV der Angehörigen und Freunde psychisch Kranker, die Themen und Termine:

- 25.9.02: „Angst-Panik-Krankheit“ - Was lässt die Angst zu einem bestimmenden Gefühl im Leben eines Menschen werden und welche „Gegengewichte“ gibt es? Was sind Angsterkrankungen?

- 13.11.02: „Welchen Sinn haben Psychosen?“ - In diesem Seminar wollen wir von Zeugnissen psychotischen Erlebens ausgehen, die Menschen aus ihrem „Verrücktsein“ mitgebracht haben. Die kurzen Texte werden vorgelesen und als Kopie jedem Teilnehmer zur Hand sein.

++ 11. UND 12. OKTOBER (Freitag, Sonnabend): Landestreffen Psychiatrie-Erfahrener zum Thema „Was wäre (Gemeinde-)Psychiatrie im besten Sinne?“. Am Freitag ab 15.30 Uhr Gespräch mit Dr. Steinhart vom Bundesverband Psychosozialer Hilfsvereine zum Stand der Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern. Freitagabend: Gemütliches Beisammensein im Schweriner ANKER, Rogahnerstr. 2. Sonnabendvormittag: Gemeinsames Frühstück mit Diskussion über die weitere Arbeit und anschließendem Ausflug auf dem Schweriner See! Ort: Schwerin, Kontakt- und Begegnungsstätte, Rogahnerstr. 2, ANKER Sozialarbeit gGmbH. Weiteres: LV Psychiatrie-Erfahrener, Schiffbauerring 20, 18109 Rostock, Tel. + Fax: 0381 - 76 80 214

++ LANDESFACHTAGUNG DES LAPK M-V: 19.10.2002, Angehörige psychisch Kranker - Was bedeutet für mich Selbsthilfe? - Wer sind unsere Partner? - Wo steckt die Gesundheits- und Psychiatriereform fest?, Ort: Gemeinsames Haus, Henrik-Ibsen-Str. 20, 18106 Rostock, Tel: 0381 - 72 20 25

++ WEITERBILDUNGSVERANSTALTUNGEN DER CARL-FRIEDRICH-FLEMMING-KLINIK, 19055 Schwerin, Wismarsche Str. 393. Alle Vorträge beginnen jeweils um 18 Uhr und finden im Marmorsaal der Carl-Friedrich-Flemming-Klinik statt. Interessenten sind herzlich eingeladen:

- Mittwoch, 25.09.02, Prof. Dr. W. Blankenburg, Psychiatrische Uniklinik Marburg/Lahn, „Wahn und Entwurfstruktur des menschlichen Daseins“.

- Mittwoch, 20.11.02, Dr. M. Bormuth, Institut für Ethik in der Medizin der Universität Tübingen, „Karl Jaspers und die Psychoanalyse“.

- Mittwoch, 18.12.02, Prof. Dr. Ziemer, Theologisches Seminar der Universität Leipzig, „Seelsorge und Psychiatrie“.

++ 10. ROSTOCKER SUCHTWOCHEN, 7. Oktober 15.00 Uhr, Waldemarhof, Waldemarstr. 33. Eröffnung: Ausstellung mit Bildern des Bützower Malers Wolfgang Severin-Iben, „Straßenbrüder - die Einsamen, die Verlassenen unserer Zeit“. Anschließend Lesung mit dem Maler und Schriftsteller. Die Ausstellung ist bis zum 28.10. zu sehen, eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Landesverband der Psychiatrie-Erfahrener. Am 10. Oktober „Aktionstag“ von 14 bis 18 Uhr, im Rostocker Klenow-Tor, Groß Klein, Motto: „Bittere Pillen - Medikamente, die süchtig machen können“. Veranstalter: Gemeinnützige Gesellschaft für Gemeindepsychiatrie im Arbeiter-Samariter-Bund mbH, Tel. 0381 - 123 71 19/18

Rostock: „Wohin mit den Verrückten?“

(naps/dg). „Wohin mit den Verrückten?“ - Diese etwas provokant gestellte Frage hielt die Besucher des Kinofilms „The Million Dollar Hotel“ im Rostocker Lichtspieltheater „Wundervoll“ (LiWu) für weitere 90 Minuten im Sessel. Schließlich bot sich nach der Vorführung die Möglichkeit, mit Ulla Schmalz vom DRK-Projekt „Hotel Plus“ in Köln, Klaus Dörner (erimittierter Professor für Psychiatrie, Historiker und neben vielem anderem der Autor von „Irren ist menschlich“), Wolfgang Mundt (LV Psychiatrie-Erfahrener) und Roland Hartig (LV der Angehörigen) ins Gespräch zu kommen. Vorweg, diese Veranstaltung zählte mit zu den Höhepunkten der „8. Veranstaltungsreihe der Gemeindepsychiatrie“.

Und das alternative Lichtspieltheater LiWu unter der Leitung von Olaf Jelinski demonstrierte, was Kino außer Filme zeigen noch leisten kann: Menschen miteinander ins Gespräch bringen. Mit Wim Wenders Film „The Million Dollar Hotel“ haben die Veranstalter ein bislang kaum beachtetes Phänomen aufgegriffen. Denn der Film zeigt vor dem Hintergrund eines Kriminalfalls Lebensentwürfe „verrückter“ Menschen außerhalb der (amerikanischen) Psychiatrie. Das Million Dollar Hotel in Los Angeles - praktisch ein Zufluchtsort für Außenseiter aller Art. Ein Hotel für „Systemsprenger“, die nicht in das Hilfesystem passen, die Psychiatrie ablehnen, kommentierte Klaus Dörner den Streifen. Ähnlich gleich sei auch die Situation in Deutschland, wenn auch nicht so „amerikanisch“, erklärte Ulla Schmalz. Sie stellte ihr Projekt „Hotel Plus“ in Köln als eine Unterbringungsform „mit einem niederschweligen Betreuungsangebot für psychisch kranke wohnungslose Menschen“ vor, ohne dabei die Psychiatrie völlig auszuklammern. „Es ist auch kein Weglaufhaus“, so Ulla Schmalz. Dörner verwies darauf, dass auch diese Menschen eine berufliche Perspektive brauchen, z.B. einen Zuverdienst. Und sie müssten viel mehr Zeit für sich haben, um sich weiter orientieren zu können. Als Beispiel nannte er die unter seiner Leitung vollzogene Entlassung aller 435 Langzeitpatienten des Landeskrankenhauses Gütersloh im Zeitraum von 1981 bis 1996. Dazu Roland Hartig: „Die Psychiatrie hat noch viele offene Baustellen. An den meisten herrscht Kurzarbeit. Gütersloh zeigt aber, dass engagierte Mitarbeiter in der Lage sind, Menschen mit einer psychischen Erkrankung zu einer neuen Lebensperspektive zu verhelfen.“

Moderator Wolfgang Obliers, Sprecher der Psychiatriekoordinatoren, stellte die Frage, ob ein Hotel nach dem Kölner Vorbild auch in Rostock denkbar sei. „Sicherlich ist das in Rostock machbar“, erklärte Wolfgang Mundt. Ein Psychiatrieerfahrener, der drei Jahre obdachlos war, heute betreut in einer Wohnen lebt, ergänzte: „Damals wäre ich gerne in ein solches Hotel gegangen! Denn es ist echt Sch... obdachlos zu sein, man friert andauernd. Das wäre beinahe schief gegangen. Zum Glück besorgte mir die Gemeindepsychiatrie eine Wohnung.“

Fazit: Besonders Menschen, die durch ihr Anderssein eine Ausgrenzung erfahren, durch das traditionelle Hilfenetz fallen, in keine „Schublade“ passen (wollen), Obdachlosenheime lieber meiden, sind mehrfach gefährdet. Sie bewegen sich außerhalb der traditionellen Hilfen und halten sich besonders von der Psychiatrie fern. Daraus ergeben sich auch enorme soziale und ökonomische Belastungen für die Angehörigen. Angesichts dieser Problemlagen, wo psychisches Leid fast immer dazugehört, darf sich die Psychiatrie davor nicht verschließen. Sie muss auch auf „niederschwellige“ Angebote setzen, die von Partnern aus der Selbsthilfe unterstützt werden, damit diese Betroffenen nicht total den Boden unter den Füßen verlieren.

Deutschlands modernste Poliklinik entsteht in Rostock

Rostock (ddp-nrd). Deutschlands modernste Poliklinik entsteht in Rostock. Stararchitekt Helmut Jahn, unter dessen Federführung auch das Sonycenter in Berlin entstand, lässt in den kommenden zwei Jahren einen 150 Millionen Euro teuren Glaskomplex für Ärzte und Patienten an der Ostseeküste in den Himmel wachsen. Herzstück ist die so genannte Deutsche MED, die ihren Schwerpunkt neben Schulmedizin auch auf neue Therapien der Biomedizin sowie auf Naturheilkunde setzt, wie Bauherr Harald Lochotzke beim ersten Spatenstich kürzlich in Rostock sagte. Das Gesundheitszentrum bietet auf 14 000 Quadratmetern nicht nur medizinische Leistungen aller Fachbereiche bis hin zu ambulanten Operationen an. Den Patienten und Besuchern stehe auch ein großes Wellnesszentrum zur freien Verfügung, sagte Lochotzke. Außerdem werde die Deutsche MED ein asiatisches Zentrum beherbergen. Dafür sei er mit den Universitäten Hanoi und Peking sowie mit der Berliner Charité im Gespräch, sagte der Bauherr. Für das Projekt, das auf mehreren insgesamt 50 000 Quadratmeter großen Baufeldern mitten in Rostock entsteht, begeistert sich zunehmend auch die Ärzteschaft. Die Deutsche MED greife ein Konzept auf, das es bereits zu DDR-Zeiten mit den Polikliniken gegeben habe: Viele medizinische und therapeutische Fachleute unter einem Dach, sagte Horst Klinkmann, international anerkannter Experte für künstliche Organe und Blutwäsche. Damit könne sich der Nordosten als Zentrum der Biomedizin etablieren. Der Vizepräsident der Bundesärztekammer, Andreas Crusius, hofft auf eine fruchtbare Kooperation der Mediziner im Gesundheitszentrum. Gerade niedergelassene Ärzte seien zum großen Teil nur noch Manager und Betriebswirt. Gemeinsam unter einem Dach hätten sie wieder mehr Zeit für ihre Patienten oder die eigene Fortbildung, betonte Crusius.

„Der kleine Lichtblick“ mit Veranstaltungskalender

(naps/rh). Ein Lehrstück in Sachen Dialog: „Der kleine Lichtblick“ mit Veranstaltungskalender ist jetzt erstmals erschienen. Die 30 Seiten starke A5-Broschüre gibt der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener M-V in Zusammenarbeit mit dem „Lichtblick“ der Selbsthilfezeitschrift des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern der Angehörigen und Freunde psychisch Kranker vierteljährig heraus. Bereits die erste Nummer signalisiert die Ausrichtung: „Diese Zeitschrift ist für Betroffene und ihre Mitmenschen. Ein Beweis für unsere Möglichkeiten soll sie sein, zur Klärung beitragen, denn psychische Krise und Krankheit werfen nicht nur spezielle medizinische sondern menschliche Fragen auf.“ So Gerd Broh, Vorsitzender des LPE M-V, in seinem Vorwort. Darin steht auch: „Viele Mitmenschen wissen nicht (oder wollen nicht wissen), dass hinter diesem anderen Verhalten vielmehr eine Schizophrenie, Depression, Angst- oder Zwangszustände stecken können, also eine KRANKHEIT.“ Die erste Ausgabe enthält neben Veranstaltungshinweisen aus Selbsthilfe und Psychiatrie auch Eigenbeiträge, Leserbriefe und Fotos. Redaktion/Koordination: Lichtblick, „Gemeinsames Haus“, Henrik-Ibsen-Str. 20, 18106 Rostock, Tel/Fax: 0381 - 72 20 25 (R. Hartig, LAPK) oder Tel./Fax 0381 - 76 80 214 (W. Mundt, LPE), E-Mail: redaktion@lichtblick-newsletter.de

Ludwiglust: „Gesundheitstag für die ganze Familie“

(svz). Im Landkreis Ludwiglust gibt es über 70 Selbsthilfegruppen mit etwa 1500 Engagierten. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, Menschen, die von Krankheiten und anderen Problemen betroffen sind, das nicht immer ganz einfache Leben etwas zu erleichtern: mit praktischer Hilfe, Erfahrungsaustausch und gemeinsamen Unternehmungen. So fanden sich auf dem „Gesundheitstag für die ganze Familie“, der vom Arbeitskreis Gesundheitsförderung organisiert worden war, ungefähr 140 Mitstreiter aus 24 Selbsthilfegruppen zusammen, um darüber zu informieren, wie ein aktives und bewusstes Leben trotz Krankheit möglich ist. „Es war alles in allem eine gute Veranstaltung, obwohl wir uns sicher noch etwas mehr Besucher gewünscht hätten“, schätzte Monika Lottermoser, Leiterin der Selbsthilfekontaktstelle des DRK Ludwiglust e. V., den Gesundheitstag ein. Wussten Sie es? Mozart, Einstein und Churchill waren hyperaktive Menschen. Das Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom sowie hyperaktive und hypoaktive Kinder waren Themengebiete, für das die Besucher großes Interesse zeigten. Schon der Alltag ist für betroffene Kinder und ihre Eltern schwierig, da das soziale Umfeld - oft aus Unwissenheit - nicht selten mit Unverständnis und Ablehnung reagiert... Lesen Sie den vollständigen Artikel aus der SVZ hier: <http://www.svz.de/newsmv/lr/lud/10.09.02/vor/vor.html>

Angehörigengruppen im Ostseezentrum Neustadt i. Holstein

(naps). Seit einigen Jahren führt das „Ostseezentrum für seelische Gesundheit“ (OZG) in Neustadt i. Holstein Angehörigengruppen unter dem Motto „Information-Diskussion-Erfahrungsaustausch“ durch. Im September 2002 starten erneut zwei Gruppen, die von multiprofessionell gebildeten Teams gestaltet werden.

- Die Gruppe für Angehörige schizophrener Erkrankter wird unter der Leitung von Oberarzt Freudenberg am 05. September, 18.30 Uhr, im Casino des OZG, (Wiesenhof, 23730 Neustadt) beginnen. Termine: 19.09., 26.09., 10.10., 31.10., 7.11., 21.11, 5.12.

- Am 3. September trifft sich um 18.30 Uhr unter Leitung von Herrn Dr. Krüger die Gruppe für Angehörige depressiv und manisch-depressiv Erkrankter. Hierzu sind auch Betroffene außerhalb einer akuten Krankheitsphase willkommen. Termine: 17.09., 1.10., 15.10., 29.10., 12.11., 26.11., 10.12. Informationen und Anmeldungen: Frau Kassner, Sekretariat Dr. Krüger, Tel. 04561 - 611 610.

- Am 12. September findet um 19 Uhr der Themenabend zum Thema „Depression“ statt. Fachkundige Referenten stellen den aktuellen Erkenntnisstand sowie Behandlungs- und Bewältigungswege vor. Ort: Kasino des OZG, Wiesenhof, 23730 Neustadt. Tel. 04561 - 611 301

Baden-Württemberg testet „persönliche Budgets“ für Behinderte

Stuttgart (ddp-bwb). Als erstes Bundesland führt Baden-Württemberg „persönliche Budgets“ für Behinderte ein. Sozialminister Friedhelm Repnik (CDU) kündigte nach einer Kabinettsitzung in Stuttgart an, das Modellprojekt werde im Oktober in den Landkreisen Reutlingen, Rems-Murr sowie im Bodenseekreis starten. Die Konzeption sehe die Umwandlung einzelner Sachleistungen für behinderte Menschen in einen Geldbetrag um. Damit erhielten sie ein Budget, über das sie frei verfügen könnten. Durch das „persönliche Budget“ wird laut Repnik das Selbstbestimmungsrecht der Behinderten nachhaltig gestärkt. Das Land gehe weg vom reinen Fürsorgegedanken und stelle die Eigenverantwortung behinderten Menschen stärker in den Vordergrund. Jeder Behinderte könne selbst bestimmen, welche konkreten Leistungen er von welchem Anbieter auswähle und in Anspruch nehme. Dabei sollen die Behinderten von einem neutralen Betreuungsassistenten beraten und unterstützt werden. Das Projekt ist dem Minister zufolge zunächst auf 2 Jahre befristet und soll wissenschaftlich begleitet werden. <http://www.lwv-wh.de/leistungen/publikationen/content/user/bilder/lwv-aktuel-l-2-2002.pdf>

THERAPIE

Britische Therapierichtlinie empfiehlt atypische Neuroleptika

(naps/rh). Das britische National Institute for Clinical Excellence (NICE) genehmigte nach einer umfassenden Wirksamkeits- und Kostenprüfung jetzt den Einsatz atypischer Neuroleptika (Olanzapin, Amisulprid, Quetiapin, Risperidon und Zotepin) zur Behandlung der Schizophrenie. Damit gilt ab sofort eine neue Therapierichtlinie innerhalb des britischen Gesundheitsdienstes, die festlegt, in welchem Rahmen diese modernen Antipsychotika eingesetzt werden sollten. Im Einzelnen empfiehlt die neue Richtlinie den Einsatz atypischer Neuroleptika u.a. bei neu diagnostizierter Schizophrenie, zur Behandlung akuter schizophrener Episoden und bei Patienten, die unter typischen Neuroleptika schwere Nebenwirkungen oder hohe Rückfallraten entwickeln. Zum Thema Kosten erläuterte das NICE, dass atypische Neuroleptika zwar pro Dosis teurer seien als herkömmliche Antipsychotika, jedoch würden diese Zusatzkosten durch eine Senkung des Bedarfs der stationären Betreuung kompensiert. NICE ist eine unabhängige staatliche Einrichtung zur Bewertung neuer medizinischer Technologien und innovativer Arzneimittel. Das Institut genießt aufgrund seiner qualitätsorientierten Arbeitsweise ein hohes internationales Ansehen. Durchschnittlich beträgt der Anteil atypischer Neuroleptika in Europa rund 22 Prozent der insgesamt verordneten Antipsychotika. Jedoch klafft die Spanne zwischen 8 Prozent in der Republik Tschechien und 38 Prozent in Großbritannien auseinander. In den USA werden mittlerweile 74 Prozent der schizophrenen Patienten mit einem atypischen Präparat behandelt. In Deutschland erhalten 80 Prozent der schizophrenen Patienten weiterhin die älteren nebenwirkungsreicheren Neuroleptika. <http://www.nice.org.uk>

Beipackzettel: Was „häufig“ oder „selten“ bedeuten

Baierbrunn (ddp). An den Beipackzetteln von Arzneimitteln scheiden sich die Geister. Der Eine findet sie abschreckend, der Andere hält sie für notwendig. Hersteller sind verpflichtet, in den Gebrauchsinformationen alle jemals im Zusammenhang mit der Einnahme eines Medikaments beobachteten unerwünschten Wirkungen aufzunehmen, berichtet die Gesundheitszeitschrift „Apotheken Umschau“ (8/2002). Damit die umgangssprachlichen Bezeichnungen für die Häufigkeit exakt vergleichbar sind, hat das Bundesinstitut für Arzneimittel diese für den Beipackzettel genau definiert. Heißt es dort „häufig“, dann bedeutet dies, dass die Nebenwirkung bei einem bis zehn Prozent der Patienten zu erwarten ist. Eine „seltene“ Nebenwirkung darf dagegen nur bei jedem 1000. bis 10 000. Patienten vorkommen.

Die Liste der zugelassenen Bezeichnungen:

- „sehr häufig“: über zehn Prozent
- „häufig“: ein bis zehn Prozent
- „gelegentlich“: bis ein Prozent
- „selten“: bis 0,1 Prozent
- „sehr selten“: unter 0,01 Prozent

Suizidprävention: Positive Zurückhaltung

(naps/rh). Nach einer Meldung des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV, in Journalist 7/02) zufolge ziehen die Verkehrsbetriebe der Stadtwerke München GmbH (MVG) nach einem zweijährigen Pilotprojekt zur Suizidprävention eine positive Bilanz. Die lokalen Medien waren gebeten worden, während des Pilotprojektes unter Umgehung der Wörter „Selbstmord“ und „Suizid“ zu berichten. Stattdessen hatte man sich auf die Sprachregelung „Notarzteinsatz“ geeinigt, um etwaige Nachahmungstaten zu verhindern. Ergebnis: Die Anzahl der Folgesuizide sank im Untersuchungszeitraum auf 25 Prozent von zuvor 40 Prozent.

Apothekerkammer warnt vor „Wundermittel“

Erfurt (ddp-lth). Die Landesapothekerkammer Thüringen warnt vor dem Kauf von Nahrungsergänzungsmitteln aus dubiosen Quellen. Auf Werbefahrten, auf Messen oder über das Internet würden verstärkt „Wundermittel“ gegen Krebs, Diabetes, Neurodermitis und andere Krankheiten angeboten, kritisierte der Leiter der Arzneimittelinformationsstelle, Danny Neidel, in Erfurt. Den Menschen werden der Eindruck vermittelt, es handele sich um hochwirksame Arzneimittel gegen ihre Krankheit. Dabei würden sie absichtlich getäuscht, um die überbeurten Produkte verkaufen zu können. Bei den Produkte handele es sich in der Regel um Nahrungsergänzungsmittel, die Vitamin- und Mineralstoffdefizite korrigieren, aber keine schweren Krankheiten heilen könnten. Bei unsachgemäßer oder falscher Anwendung bestehe auch bei Nahrungsergänzungsmitteln die Gefahr einer Gesundheitsschädigung. Das Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin warne zum Beispiel vor dem Einsatz von hoch dosiertem Beta-Karotin bei Rauchern, da ein erhöhtes Lungenkrebsrisiko besteht. Zudem könnten Patienten auf die vom Arzt verordnete Therapie verzichten oder die Einnahme wichtiger Medikamente vernachlässigen. Eine klare Gesetzgebung fehlt derzeit in diesem Bereich, kritisierte Neidel. Für Nahrungsergänzungsmittel würden die Bestimmungen des Lebensmittelrechts gelten. Deshalb müsse der Verbraucher auf die gewöhnten Schutzmechanismen wie bei Arzneimitteln verzichten. Im Gegensatz zu Medikamenten gebe es bei Nahrungsergänzungsmitteln kein aufwändiges Zulassungsverfahren, in dem Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit nachgewiesen werden müssten.

Gesundheits-Drinks sind meist überflüssig

Hamburg (ddp). Die von der Werbung gepriesenen Gesundheits- und Schlankheits-Drinks sind in vielen Fällen überflüssig, wenig wirksam und zum Teil fast ungenießbar. Das ergab ein Test des Magazins „Men's Health“ von zehn im Handel erhältlichen Drinks. In acht Fällen lassen sich die versprochenen Wirkungen den Angaben zufolge zumeist mit anderen Lebensmitteln besser erzielen. Nur die beiden Trink-Jogurts „Yakult“ und „Actimel“ hielten weitestgehend, was sie versprechen - und schmeckten als einzige Gesundheits-Drinks auch noch gut. Bei den anderen reiche die Geschmacksskala bis hin zu „Kuhstallpütze“ und „Salzsäure“. Nach der Analyse des Magazins ist es beispielsweise wirkungsvoller, echtes Sauerkraut zu essen, als Sauerkrautsaft zu trinken. Die Trinkmolke werde in der Wirkung von Magermilch und daraus hergestellten Produkten weit in den Schatten gestellt. Der Soja-Drink erhalte lediglich ein Zehntel des Calciums der Milch - und ist auch noch schlechter verwertbar. Wissenschaftlich gänzlich unbewiesen ist, dass Weizengras aus der Flasche irgendetwas bewirkt, schreibt das Blatt. Die Alternative Obst und Gemüse sei zudem weitaus schmackhafter. Statt Kräuterblut zur Verbesserung der Blutbildung tut es den Angaben nach auch ein kleines Steak. Apfelessig fördere zwar die Verdauung, helfe aber nicht wie versprochen beim Abnehmen. Ein Glas Wasser vor den Mahlzeiten sei billiger und helfe der Figur. Bei „Kombucha“ und „Brottrunk“ fehle weitestgehend der wissenschaftliche Beweis für die versprochenen Wirkungen.

Neue Therapie bei Depressionen

Hamburg (ddp). Rund 40 Prozent der Bundesbürger leiden unter Depressionen. Eine neue Kombitherapie verspricht nach Angaben der Zeitschrift „Vital“ Hilfe. Sie verhindere zudem, dass eine leichte Depression zu einer schweren seelischen Krise wird, und auch Rückfälle gebe es kaum noch. Basis der Kombitherapie ist eine medikamentöse Behandlung. „Bei mittelschweren und schweren Depressionen ist die Behandlung mit Antidepressiva dringend geboten“, sagt Professor Ulrich Hegerl von der Psychiatrischen Poliklinik der Universität München. Moderne Präparate seien keine „chemische Keule“, machten nicht abhängig und wirkten gezielt gegen die Depression. Erste Resultate zeigten sich nach drei bis vier Wochen. Zur Kombitherapie gehört auch Schlafentzug. Die Mediziner haben festgestellt, dass nach einer durchwachten Nacht die Depression abnimmt. Dritter Baustein ist die kognitive Selbsttherapie. Dabei analysieren die Betroffenen jeden Tag schriftlich einen negativen Gedanken wie Ist es wirklich so schwarz, wie ich es sehe?, Wo gibt es dafür Beweise?. Diese Selbstanalyse polt das Denken oft schon innerhalb von zwei Wochen um, denn der Betroffene erkennt, dass die Seelenqualen auch Resultat negativer Bewertungen sind, schreibt das Blatt. Auch im Alltag lässt sich eine Menge tun: Nahrungsmittel wie Fisch und Käse spülen das Glückshormon Serotonin in die Seele. Und: „Täglich mehrmals an die frische Luft, das hellt die Stimmung in jeder Jahreszeit auf“, rät Hegerl. Als Hauptindiz für eine Depression gilt, wenn sich Menschen im Privaten und beruflich stark behindert fühlen. Dann wirkt die Depression wie eine Bremse, man fühlt sich mental und körperlich blockiert. Typische Beschwerden sind Freudlosigkeit, Leere, Grübeln, Ängstlichkeit, Energielosigkeit und gestörter Schlaf.

Soziotherapie soll psychisch Kranke motivieren

(naps/rh/sp). Schwer psychisch Kranke sind häufig nicht in der Lage, die erforderlichen medizinischen Hilfen zu akzeptieren und selbständig in Anspruch zu nehmen. Soziotherapie nach § 37a SGB V soll hier den Betroffenen entgegenkommen. Die Durchführung im ambulanten Bereich regelt seit Januar 2002 ein Papier des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen unter dem Titel „Soziotherapie-Richtlinien“, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 217 (S. 23735) vom 21.11.2001.

Demnach kann eine durch die Krankenkasse genehmigte Soziotherapie verordnet werden, „wenn dadurch Krankenhausbehandlung vermieden oder verkürzt wird oder wenn diese nicht ausführbar ist“. Die Verordnung dürfen nur Ärzte vornehmen, die „die Gebietsbezeichnung Psychiatrie oder Nervenheilkunde“ führen. Notwendig ist deren Erklärung über „die Kooperation in einem gemeindepsychiatrischen Verbund oder in vergleichbaren Versorgungsstrukturen“.

Zweifelsfrei können andere Vertragsärzte den Patienten überweisen. Nimmt der Patient diese Überweisung nicht selbständig in Anspruch, kann der überweisende Arzt einen soziotherapeutischen Leistungserbringer per Verordnung hinzuziehen. Ziel ist die Motivierung des Patienten, die Überweisung wahrzunehmen.

Das Gesamtkontingent der Soziotherapie beträgt bis zu 120 Stunden je Krankheitsfall innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren. Anspruchsberechtigt sind vor allem Personen mit einer schweren Erkrankung aus den Bereichen des schizophrenen Formenkreises oder einer depressiven Episode mit psychotischen Symptomen. Hinzukommen als besonderes Kennzeichen der Erkrankungen die „Fähigkeitsstörungen“, wie z.B. die „Beeinträchtigung durch Störung des Antriebs, der Ausdauer und der Belastbarkeit, oder die „mangelnde Compliance im Sinne eines krankheitsbedingt unzureichenden Zugangs zur eigenen Krankheitsymptomatik und zum Erkennen von Konfliktsituationen und Krisen“.

Soziotherapie findet im sozialen Umfeld der Betroffenen statt und unterstützt einen Prozess zur Förderung von sozialer Kompetenz und einen besseren Umgang mit der Erkrankung. Dabei analysiert der Leistungserbringer nicht nur die häusliche, soziale und berufliche Situation des Patienten, er kann auch Familienangehörige, Freunde und Bekannte zur Unterstützung einbeziehen. Außerdem soll der Leistungserbringer nach einem soziotherapeutischen Betreuungsplan die Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung und verordneter Leistungen für den Patienten koordinieren. Um die Therapieziele zu erreichen, kann Soziotherapie auch den Patienten an komplementäre Dienste heranführen. Außerdem soll sie Patienten motivieren, diese Leistungen überhaupt in Anspruch zu nehmen.

Besonders wichtig: Soziotherapie leistet aufsuchende Hilfe in Krisen- und Notsituationen. Sie umfasst sowohl aktive Hilfe und Begleitung als auch Anleitung zur Selbsthilfe. Dabei soll Soziotherapie den Patienten zur Selbständigkeit anleiten und ihn so von der soziotherapeutischen Betreuung unabhängig machen.

Anmerkung

Suchtkranke und gerontopsychiatrische Patienten, aber auch Menschen mit schweren Persönlichkeitsstörungen werden in den Richtlinien nicht berücksichtigt. Zudem vermindere die Festlegung eines Schweregrades der Fähigkeitsstörungen von höchstens 40 Prozent die Zahl potentieller Klienten um mehr als die Hälfte, so Experten. Nach dem Dokument „Gemeinsame Empfehlungen der Spitzenverbände der Krankenkassen gemäß § 132b Abs. 2 SGB V zu den Anforderungen an die Leistungserbringer für Soziotherapie“ (Fassung vom 29. November 2001) sind als Fachkräfte Diplom-SozialarbeiterInnen/-SozialpädagogInnen und Fachkrankenschwester/-Pfleger für Psychiatrie vorgesehen. Sie müssen mindestens über eine dreijährige psychiatrische Berufspraxis verfügen, davon mindestens ein Jahr in einem allgemeinpsychiatrischen Krankenhaus mit regionaler Versorgungsverpflichtung sowie ein Jahr in einer Einrichtung der ambulanten sozialpsychiatrischen Versorgung. Ein unabdingbares Muss ist die Fortbildung. Nicht vorgesehen ist ein Gesundheitsberuf „Soziotherapeut“ mit eigenem Ausbildungsprofil.

--> Informationen zur Soziotherapie, Richtlinien, Empfehlungen: <http://www.lichtblick-newsletter.de/thesozio.html>

--> „Bei Soziotherapie Kassen in der Kritik“ Ostsee-Zeitung vom 26. Juli 2002
Bitte Suchbegriff „Soziotherapie“ eingeben. <http://www.ostsee-zeitung.de>

Cannabis begünstigt psychische Erkrankungen

Mannheim (ddp). Der Genuss von Cannabis kann das Entstehen bestimmter psychischer Erkrankungen begünstigen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit (ZI) in Mannheim. Besonders bei Schizophrenie stellten die Forscher fest, dass der Konsum der Droge die Krankheit früher auslöst. Für die Diskussion über die Legalisierung von Cannabisprodukten sei „diese Information von einigem Interesse“, betonte Professor Heinz Häfner. Generell bemerkten die Wissenschaftler, dass die Symptome einer Psychose durch Cannabiskonsum verstärkt werden.

Verminderter Blutfluss im Hirn kann Depressionen auslösen

Rotterdam (ddp). Depressionen im fortgeschrittenen Alter könnten unmittelbar mit einem verminderten Blutfluss im Hirn zusammenhängen. Das fanden niederländische Mediziner in einer Studie an mehr als 2000 Personen heraus. Ihre Ergebnisse präsentieren die Forscher um Monique Breteler in der Fachzeitschrift „Journal of Neurology Neurosurgery and Psychiatry“ (Bd. 73, S. 34). Die Mediziner befragten die über 55-jährigen Teilnehmer nach Anzeichen für Depressionen und stellten mit einer Ultraschalluntersuchung die Blutflussgeschwindigkeit in den Hauptarterien des Gehirns fest. Bei den 116 Teilnehmern, die Symptome einer Depression zeigten, konnten die Forscher von der Erasmus-Universität Rotterdam eine deutlich langsamere Fließgeschwindigkeit feststellen als bei gesunden Probanden. Breteler und ihre Kollegen schließen aus ihrer Untersuchung, dass die verminderten Gefäßfunktionen ab einem bestimmten Alter Depressionen auslösen können.

Depressive weinen nicht häufiger

Washington (ddp). Depressive Menschen neigen nicht eher zum Weinen als psychisch gesunde. Ihre Krankheit scheint vielmehr den aktiven Gefühlskontakt mit der Außenwelt zu unterdrücken, berichten Forscher der Universität in Stanford (USA) im Fachmagazin „Journal of Abnormal Psychology“ (Ausg. 111, Nr. 2). Die Psychologen um Jonathan Rottenberg hatten Probanden Szenen aus dem Film „Der Champ“ von Franco Zeffirelli aus dem Jahr 1979 gezeigt. Chronisch depressive Patienten zeigten sich von dem als besonders traurig bekannten Film weniger beeindruckt als die gesunden Versuchspersonen. Sie weinten weniger häufig und beschrieben ihre Stimmung gleich nach dem Film seltener als besonders niedergeschlagen. Dies zeige, dass die Krankheit nicht einfach nur auf die Stimmung der Patienten drücke, sondern sie weniger empfindlich auf äußere emotionale Reize ob aufmunternd oder negativ mache, vermuten die Forscher.

Blutzuckerschwankungen stören den Schlaf

Eschborn (ddp). Bei Diabetikern können hohe oder tiefe Blutzuckerwerte die Schlafqualität erheblich beeinflussen. Um herauszufinden, wo die Ursache liegt, sollten Diabetiker auch nachts ihren Blutzucker kontrollieren - am besten gegen 24.00 Uhr und dann wieder gegen 3.00 Uhr, rät die Diabetologin Cloth Hohberg in der „Neuen Apotheken Illustrierten“. Wiederholen sich nächtliche Unterzuckerungen häufiger, bekommen Diabetiker nicht selten Angst davor - was sich der Expertin zufolge negativ auf den Schlaf auswirkt. Diabetiker, die kein Insulin brauchen, sollten sich abends an die mit dem Arzt vereinbarten Kohlenhydratmengen halten, damit der Blutzucker stabil bleibt. Wer Insulin spritzt, dem nutzt ein so genannter Basalratentest, um den Bedarf an lang wirksamem Insulin neu zu klären. Essen auch um Mitternacht ist laut Hohberg für flexibel spritzende Diabetiker dann erlaubt, wenn sie die entsprechende Menge Insulin dazu spritzen. Darüber hinaus sei als Ursache der Schlafstörung auch an eine Folgeerkrankung des Diabetes zu denken: an die so genannte diabetische Polyneuropathie. Sie äußere sich besonders nachts in starken Missempfindungen und Schmerzen in Beinen und Füßen.

Auch Heilpflanzen haben Nebenwirkungen

Berlin (ddp). Begriffe wie «rein pflanzlich» und «natürlich» bedeuten bei Arzneimitteln nicht unbedingt harmlos. Auch sie können Nebenwirkungen haben, warnt Apothekerin Ursula Sellerberg. So können zum Beispiel pflanzliche Abführmittel wie Aloe oder Faulbaum bei unsachgemäßer Anwendung zu Kaliummangel führen, der wiederum eine Verstopfung verursachen kann. Diese Heilpflanzen sollten daher nur kurzfristig angewendet werden. Ätherische Öle dürfen nicht bei Kindern angewendet werden, weil sie wegen ihres Mentholgehalts zu Schwellungen und Atemnot führen können. Menthol ist beispielsweise in Pfefferminzöl enthalten. Arnika könnte - innerlich eingenommen - Herzprobleme verursachen und darf deshalb nur auf intakte Haut aufgetragen werden. Auch äußerlich kann diese Heilpflanze Allergien auslösen.

Arzneimittelbonus für sparsames Verordnen

(naps/rh). Berliner Kassenärzte, die Medikamente preisbewusst verordnen, können dafür in diesem Jahr einen Bonus kassieren. Einer entsprechenden Regelung hat jetzt das Ärzteparlament der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin (KV) zugestimmt. „Damit wird der erhöhte ärztliche Aufwand für den Patienten bei einer preisbewussten Verordnung honoriert“, betont KV-Chef Dr. Manfred Richter-Reichhelm. Nach Informationen der KV Berlin soll die Bonusregelung für die Ärzte einen Anreiz schaffen, „ihre bisherige Verordnungsweise wirtschaftlicher zu gestalten“. Nicht nur der Generikaanteil an den Verordnungen soll erhöht werden, auch würden die Ärzte motiviert, „weniger so genannte Analogpräparate zu verordnen, die teurer, oftmals aber nicht wirksamer als bereits auf dem Markt befindliche Medikamente sind“. Das Geld für den Arzneimittelbonus wird aus dem Honorar der einzelnen Arztgruppen bereitgestellt. Dazu erklärt Manfred Richter-Reichhelm: „Diese Eigenregelung der Berliner Vertragsärzte ist bundesweit einmalig und unterstreicht ihren Willen, den Ausgabenanstieg bei Arzneimitteln zu reduzieren.“ Konkret heißt das: je Fachgruppe (davon ausgenommen sind Wenig-Verordner wie Radiologen und Chirurgen) werden bis zu einem Prozent des

Honorarvolumens zurückgestellt und später an diejenigen Ärzte dieser Fachgruppen ausgezahlt, die eine qualitätsgesicherte und zugleich wirtschaftliche Arzneimitteltherapie realisiert haben. In diesem Jahr stellt die KV Berlin aus den Honorartöpfen knapp fünf Millionen Euro für Bonuszahlungen zur Verfügung. Nach Angaben des Kassenärztechefs erhalten Ärzte dann einen Bonus, wenn sie mehr preiswerte Generika und/oder weniger teure Analogpräparate verschreiben, ohne dass die Qualität der Therapie darunter leidet. Die Bonusregelung ist Teil der Arzneimittelvereinbarung für das Jahr 2002 zwischen der KV und den Berliner Krankenkassen. Auch die KV Nordrhein versucht eine Bonus-Vereinbarung mit den Kassen umzusetzen, trotz starker Widerstände in der Vertreterversammlung. Reaktionen: <http://www.vkvd.de/pressemitteilung14.htm>

Medizinprodukte sind keine Arzneimittel

Dresden (ddp). Fett aufsaugende Diätpillen aus der Apotheke allein machen nicht schlank. So mancher Verbraucher lässt sich aufgrund der Werbung in Zeitschriften zum Kauf solcher und ähnlicher Medizinprodukte verleiten und wundert sich dann, wenn die erhoffte Wirkung nicht einsetzt. Medizinprodukten sind aber keine Arzneimittel, betonen Verbraucherschützer. Auf der Verpackung sind Medizinprodukte meist nur durch das Zeichen „CE“ gekennzeichnet. Arzneimittel tragen eine Zulassungsnummer, denn sie müssen nach dem Arzneimittelgesetz vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte zugelassen werden. Für diese Zulassung müssen die pharmazeutische Qualität, die Wirksamkeit und die Unbedenklichkeit belegt sein. Medizinprodukte dagegen funktionieren meist rein physikalisch. Sie besitzen nicht die chemisch-biologischen Wirkungen eines Arzneimittels. Deshalb muss ihnen lediglich die gesundheitliche Unbedenklichkeit bescheinigt werden. Dies können der Hersteller selbst oder andere Stellen wie der TÜV Rheinland machen. Dabei kommt es im Wesentlichen auf die einwandfreie Funktionsweise und die Sicherheit für den Anwender an. Eine Überprüfung der klinischen Wirksamkeit findet nicht statt. Da nach wie vor nicht erwiesen sei, dass eine gesunde Gewichtsabnahme ohne Umstellung der Ernährungsweise allein durch die Einnahme von Fettkiller-Medizinprodukten möglich ist, seien Aussagen ohne Hinweis auf Ernährungsumstellung irreführend, betonen die Verbraucherschützer. Der Kauf solcher Produkte führe lediglich zu einer untergewichtigen Haushaltskasse, aber nicht zur Abnahme des Körpergewichts.

Chirurg fordert mehr juristisches Wissen für Ärzte

Jena (ddp-lth). Der Jenaer Kinderchirurg Thorsten Doede beklagt juristische Wissenslücken bei einem Großteil der Mediziner. „Bei der Behandlung von Kindern und Jugendlichen werden wir in der täglichen Praxis immer häufiger mit schwierigen juristischen Fragen konfrontiert“, sagte Doede am Montag in Jena. So steige die Zahl der minderjährigen Patienten, deren Eltern nicht verheiratet seien. „Juristisch gesehen müssen wir in solchen Fällen vor einer Behandlung fragen, ob beide Elternteile das Sorgerecht haben, denn sie müssen für Operationen und Behandlungen ihre Einwilligung geben“, erklärte er. Verweigere ein Elternteil diese Zustimmung, werde es problematisch. Ganz schwierig werde es, wenn Eltern später vor Gericht zögen. Zwar sei das noch immer die Ausnahme, jedoch nehme die Zahl dieser Fälle zu. Vor Probleme würden die Ärzte auch häufig gestellt, wenn die Eltern der Kinder fremden oder verschiedenen Religionen angehören. Die Behandlung von Kindern der Zeugen Jehovas, die etwa Bluttransfusionen ablehnen, sei sicherlich der Extremfall, „aber Bescheid wissen müssen die Ärzte auch darüber“, erklärte der Kinderchirurg. In lebensbedrohlichen Fällen stehe immer der Schutz des Lebens des Kindes oben an. Den Eltern könne dafür sogar die Gesundheitsfürsorgepflicht entzogen werden. So dramatisch wie im Fall des krebserkrankten Babys Mukarim, das 1999 von seinen Eltern entführt wurde, weil sie aus religiösen Gründen die Behandlung ablehnten, gehe es aber nur selten zu. „Grundsätzlich wissen die meisten Ärzte zu wenig über solche juristischen Besonderheiten bei der Behandlung von Minderjährigen“, sagte Doede. Die nötige Fachkenntnis besäßen allenfalls Juristen. Schon während des Medizinstudiums müssten Lehrveranstaltungen zu diesem Thema angeboten werden. Auch die Kassenärztliche Vereinigung sei bei ihren Weiterbildungsangeboten in dieser Richtung gefordert. Mit einer für Mittwoch organisierten Tagung zum Thema „Juristische Besonderheiten bei der Behandlung Minderjähriger“ wolle die Jenaer Universitätskliniken Anstöße geben. <http://www.uni-jena.de/kindchir/info05.htm>

1500 Beschwerden über ärztliche Kunstfehler in zwei Jahren

Berlin (ddp-blm). Rund 1500 Beschwerden über ärztliche Kunstfehler sind in den vergangenen zwei Jahren bei einem Spezialteam der AOK Berlin eingegangen. Die meisten Klagen gab es in den Bereichen Chirurgie beziehungsweise Orthopädie und Gynäkologie, sagte ein AOK-Sprecher. So wurde bei einem Patienten beim Entfernen der Gallenblase das Bauchtuch in der Wunde vergessen. Ein anderer Patient geriet in akute Lebensgefahr, weil eine Blinddarmentzündung nicht rechtzeitig erkannt wurde. In 137 Fällen hat der Medizinische Dienst der Krankenversicherung Fehler in Diagnose, Therapie beziehungsweise Pflege festgestellt. Auf der Grundlage der von der AOK Berlin ermittelten Gutachten konnten zunächst 17 Versicherte Schadenersatzansprüche gegen einen Arzt, ein Krankenhaus oder eine Pflegeeinrichtung durchsetzen. In den übrigen Fällen

muss eine Entscheidung noch abgewartet werden. Bereits abgeschlossen wurden 631 Fälle. Ein Verdacht auf Behandlungsfehler bestätigte sich nicht oder die Patienten wollten die Bearbeitungszeit sowie die wiederholte Konfrontation mit ihrem Schicksal nicht auf sich nehmen. „Solche Fehler nachzuweisen, ist ein langwieriger Prozess, der einem gute Nerven abverlangt“, sagte Birgit Freymann vom Serviceteam Behandlungsfehler. Seit August 2000 berät ein speziell geschultes Team der AOK Berlin ihre Versicherten kostenlos in juristischen, medizinischen und sozialversicherungsrechtlichen Fragen. Das Team ist unter Telefon 2531 28 28 erreichbar.

LICHTBLICK-RATGEBER

Gesetzliche Neuerungen zum 1. August

GESUNDHEIT: Die Inanspruchnahme von Vorsorgemaßnahmen und Kuren wird erleichtert. Der Zuschuss zu den nicht medizinischen Kosten ambulanter Vorsorgeleistungen wird von acht auf 13, bei chronisch kranken Kindern von 16 auf 21 Euro pro Tag erhöht. In Zukunft kann zudem eine medizinisch notwendige Rehabilitation bereits nach drei Jahren und nicht wie bisher erst nach vier Jahren stattfinden.

REHABILITATION: Die gesetzliche Krankenversicherung muss die Leistungen der Vorsorge und Rehabilitation für Mütter in Einrichtungen des Müttergenesungswerks und vergleichbaren Institutionen voll übernehmen. Einige Krankenkassen waren dazu übergegangen, die Mütter-Kind-Kuren nicht mehr voll, sondern nur noch anteilig zu finanzieren. Die Leistungen sollen Müttern und Vätern unabhängig vom Einkommen zur Verfügung stehen. Die neue Regelung gilt auch für Eltern, die sich zurzeit des Inkrafttretens mit Kindern in einer Kur befinden.

HEIMBEIRÄTE: Mit der neuen Heimmitwirkungsverordnung werden die Voraussetzungen zur Bildung eines Heimbeirats verbessert und dessen Rechte erweitert. Der Heimbeirat ist die Interessenvertretung der Bewohner. Ein Schwerpunkt ist die Einbeziehung Dritter. Künftig können dem Gremium auch Angehörige oder Vertrauenspersonen, Betreuer und Mitglieder von örtlichen Senioren- oder Behindertenvertretungen angehören. Der Beirat muss an Vergütungsverhandlungen sowie an Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen beteiligt werden. Darüber hinaus haben die Beiräte Anspruch auf eine Schulung.

SCHWERSTKRANKE KINDER: Die bisherige zeitliche Begrenzung des Kinderkrankengeldes für Eltern, die ein schwer krankes Kind zu betreuen haben, wird aufgehoben. Voraussetzung ist, dass das Kind an einer schweren, lebensbedrohenden Krankheit leidet, gesetzlich krankenversichert ist und das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Zudem erhält ein Elternteil Anspruch auf eine unbezahlte Freistellung von der Arbeit. Dies gilt auch, wenn sie nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind.

SCHADENERSATZ: Künftig gibt es bei Verletzung von Körper, Gesundheit und sexueller Selbstbestimmung einen allgemeinen Anspruch auf Schmerzensgeld. Arzneimittelgeschädigte erhalten Beweiserleichterungen. So müssen sie künftig lediglich die unerwünschte Auswirkung des Medikaments nachweisen. Es ist dann Sache des Pharma-Herstellers zu beweisen, dass die Ursache des Schadens nicht auf die Einnahme des Präparats zurückgeht.

Kinder können für Schäden im Straßenverkehr erst verantwortlich gemacht werden, wenn sie mindestens zehn Jahre alt sind - es sei denn, sie handeln absichtlich. Bisher lag die Altersgrenze bei sieben Jahren.

Mitfahrer als Unfallopfer sind künftig genauso von der Haftung des Fahrzeughalters umfasst wie Personen, die außerhalb des Fahrzeugs geschädigt wurden. Nach einem Unfall können Geschädigte wie bisher ein Schätzgutachten über die Reparaturkosten bei der Versicherung vorlegen und sich den Betrag auszahlen lassen. Die Mehrwertsteuer von 16 Prozent wird künftig nur dann erhoben, wenn das Fahrzeug tatsächlich in einer Werkstatt repariert wurde. Darüber hinaus werden die seit mehr als zwanzig Jahren unveränderten Haftungshöchstgrenzen bei Verkehrsunfällen erhöht.

Spitzenverbände: Eckpunktepapier zur Gesundheitsreform

(ots/naps). Die Spitzenverbände der chronisch kranken und behinderten Menschen fordern zusammen mit dem Behindertenbeauftragten der Bundesregierung in einem „Eckpunktepapier“ eine integrationsorientierte Gesundheitsreform. Ziel: „Keine Reformen mehr ohne die aktive Mitwirkung der Verbände der chronisch kranken und behinderten Menschen.“ In dem Papier werden nicht nur bestehende Versorgungsdefizite benannt, sondern konkrete, in der Praxis umsetzbare Antworten gegeben. Aus der Pressemitteilung:

- Neu ist die Forderung, alle Behandlungs- und Versorgungsleistungen abzustimmen (integrierte Versorgung). Diese Sichtweise beinhaltet nicht nur die medizinische, sondern auch die soziale und persönliche Lebenssituation. Damit verbunden sind eine

umfassende Stärkung der Patientenrechte und die Übernahme von Mitverantwortung für den Behandlungsverlauf. Auf diese Weise hätte die gegenwärtige Praxis, die Patientinnen und Patienten häufig zu passiven Empfängern von Leistungen macht, ausgedient.

- Aktive Patientenrechte schließen eine Beteiligung von Patientenvertretern in zentralen Gremien, wie die Bundesausschüsse, ein. In Zukunft kann nicht mehr auf die Kompetenz der Betroffenenvertreter verzichtet werden. Die Verbände mit ihren mehr als sechs Millionen Mitgliedern fordern den eingeschlagenen Paradigmenwechsel in der Politik für chronisch kranke und behinderte Menschen konsequent auch im Gesundheitswesen fortzuführen.

- Prävention ist ein Schlüssel zur Vermeidung von Krankheiten und Behinderungen. Präventionsangebote sind so zu gestalten, dass sie auch chronisch kranke und behinderte Menschen erreichen. Die unterzeichnenden Verbände sind bereit an der Gestaltung von zielgruppenorientierten Präventionsprogrammen verantwortlich mitzuwirken.

- Medizinische Rehabilitation muss wesentlicher Bestandteil eines zukunftsorientierten Gesundheitswesens werden. Angebote der medizinischen Rehabilitation sind künftig in noch viel stärkerem Maße als vorher auf die individuellen Situationen zuzuschneiden und zielorientiert auszurichten. Die Leistungen müssen unter Berücksichtigung der Wünsche der Betroffenen verstärkt ambulant, wohnortnah und stationär zur Verfügung stehen. Pressemitteilung unter: <http://www.bagh.de/>

Neue Methode unseriöser 0190-Diensteanbieter

Hannover (ddp). Das Computermagazin „c't“ warnt vor einem neuen Trick unseriöser Anbieter von Telefondienstleistungen mit 0190-Nummern. Auf der Telefonrechnung könnten neuerdings Gebühren dafür erscheinen, dass ein Kunde angerufen wurde, berichtet das Magazin (Ausgabe 20/02). Über eine kostenfreie 0800-Rufnummer oder das Internet gebe man die Nummer des Anschlusses an, auf dem ein Rückruf gewünscht wird. Dieser erfolgt zu 0190-Konditionen als R-Gespräch, ohne dass die Identität des Anrufers überprüft wird. Damit umgehen die Anbieter nach „c't“-Angaben die Sperrung von 0190-Nummern für den eigenen Anschluss. Für den Rückruf zu Servicenummernbedingungen gebe es keine Sperrmöglichkeit. Darüber hinaus lasse sich nicht herausfinden, wer den Anruf bestellt hat, weil die Daten kostenfreier Anrufe aufgrund datenschutzrechtlicher Vorschriften nicht gespeichert werden. Potenzielle Opfer sind dem Bericht zufolge die Eigentümer von Telefonanschlüssen an leicht zugänglichen Orten, beispielsweise in Vereinsheimen. Aber auch Firmen und Behörden seien betroffen. <http://www.heise.de/ct>

GWUP für schärfere Abgrenzung gegen esoterische Heilmethoden

(naps/rh). „Rosenquarz hilft gegen Migräne. Eine Freundin von mir hat damit sehr gute Erfahrungen gemacht.“ - Diese und weitere Behauptungen nimmt Gabriele Hooffacker in ihrem Beitrag „Das Einhorn im Garten. Skeptiker fordern von Politikern eine schärfere Abgrenzung gegen esoterische Heilmethoden“ (Frankfurter Rundschau, 02.07.2002) unter die wissenschaftliche Lupe. Sie schreibt: „Dass Thesen wie diese keineswegs so harmlos sind, wie sie scheinen, sondern handfeste politische Auswirkungen haben können, war jetzt Thema einer Tagung in Berlin, zu der die Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften (GWUP) eingeladen hatte.“ Auf dieser forderten Wissenschaftler von Politikern eine schärfere Abgrenzung gegen esoterische Heilmethoden.

Nicht ohne Grund: „Denn wenn sich auch Esoteriker gern auf das Shakespeare-Zitat berufen: „Es gibt mehr Dinge zwischen Himmel und Erde, als eure Schulweisheit sich träumen lässt.“ Den Verbrauchern und der gesamten Gesellschaft drohen Schäden, die durch Unwissenheit einerseits und durch Irreführung andererseits entstehen, beschreibt Hooffacker die Position der Wissenschaftler in der GWUP, „die sich als Skeptiker bezeichnen“. Und die Experten bestehen zu Recht auf wissenschaftliche Untersuchungsmethoden. So überprüfen sie, „ob die umstrittenen Aussagen logischen Überprüfungen standhalten, bei empirischen Untersuchungen, ob sich Versuche wiederholen und damit überprüfen und bestätigen lassen“. Ein anerkannte Praxis. Dazu die Autorin: „Im Fall der Paramedizin (para = griechisch für „neben“; der Status dieser medizinischen Richtungen ist noch ungeklärt, sie können wahr oder falsch sein) heißt das konkret: Die Krankenkassen zahlen für Therapien, deren Erfolg alles andere als sicher ist. Und alle beitragspflichtigen Bürger zahlen mit.“ Ungeachtet aller Interessenkollisionen, die Skeptiker nehmen kein Blatt vor den Mund: „Anthroposophische Heilmittel sind ein Beispiel für solche Paramedizin. Dabei werden Metalle - Blei für die Milz oder Silber fürs Gehirn - „vegetabilisiert“, indem Pflanzen mit den jeweiligen Salzen gedüngt werden. Über mehrere Stufen der Verarbeitung dienen solche Pflanzen schließlich als Heilmittel.“

Mit Sorge beobachten die Skeptiker der GWUP auch, so die Autorin, dass Behörden und Politik sich dem Druck von Interessengruppen beugen, die bestehenden Standards abzuschaffen oder bestimmte medizinische Verfahren von der Qualitätssicherung auszunehmen. Die GWUP ist ein gemeinnützig anerkannter Verein, in dem sich über 600 Wissenschaftler und wissenschaftlich Interessierte für Aufklärung und kritisches Denken einsetzen. Die Organisation beschäftigt sich u.a. mit Phänomenen, die von der Esoterik-Szene als „übersinnlich“ oder „unerklärlich“ eingestuft werden.

ANTISTIGMA

Lilly Schizophrenia Awards 2002

Bad Homburg (gmpr). Das Unternehmen Lilly Deutschland GmbH würdigt auch in diesem Jahr wieder herausragende Leistungen, die wesentlich zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Entstigmatisierung von schizophren Erkrankten in der Gesellschaft beitragen. Mit dem neuen Namen Lilly Schizophrenia Awards - Innovative Konzepte für neue Perspektiven setzt das Unternehmen ein Signal für die Anerkennung vieler Menschen, die - oftmals im Stillen - den Erkrankten neue Hoffnung und Perspektiven eröffnen. Professionelle Fachkräfte und ehrenamtlich oder privat Engagierte aus allen Bereichen der Psychiatrie, Psychologie, Sozial- und Gemeindefarbeit und Rehabilitation sowie Journalisten sind aufgerufen, ihre Beiträge einzureichen.

Der diesjährige Schwerpunktpreis widmet sich dem Thema Kognition - Für das „Wieder-klar-denken-können“, da Denken, Erinnern, Wahrnehmen und Begreifen wesentliche Voraussetzungen für die Erkrankten im Alltag sind. Die Förderung kognitiver Fähigkeiten ist von zentraler Bedeutung für die subjektive Lebensqualität der Patienten, da erst durch sie ein alltägliches Leben und damit auch die Rückkehr in Beruf und Gesellschaft möglich ist. Die Erkrankten selbst erachten die Verbesserung der Konzentration, des Verstandes und des klaren Denkens als wichtigste Ziele innerhalb der Therapie. Dies ergab eine Umfrage bei 450 Schizophrenie-Patienten in zwölf europäischen Ländern aus dem Jahre 2000. Bis zum 30. September 2002 können sich sowohl Einzelpersonen als auch Gruppen aus den Bereichen Journalismus sowie Klinische Medizin, Pflege, Sozial- und Gemeindefarbeit mit ihren Arbeiten und Projekten bewerben oder von Dritten nominieren lassen. Voraussetzung ist, dass die Bewerber im Laufe der Jahre 2001 oder 2002 an Projekten für schizophrene Erkrankte mitgewirkt haben. Journalisten, die im genannten Zeitraum Beiträge publiziert und damit zu mehr Verständnis für die Erkrankung und die Betroffenen beigetragen haben, werden ebenfalls ausgezeichnet.

Eine unabhängige Experten-Jury aus Fachexperten, Vertretern des Bundesverbandes der Angehörigen psychisch Kranker (BApK) und Journalisten wird die eingesandten Vorschläge bewerten. Kontakt und Bewerbungsunterlagen: Gianni & Meissner Public Relations GmbH, Sömmerringstr. 23, 60322 Frankfurt, E-Mail: K.Suttmann@gmpr.de, H.Mueller@gmpr.de

Gegen die Bilder im Kopf: Filmworkshop für Verständnis und Toleranz

Ein Beitrag von Manuela Richter-Werling

Stigmatisierung ist so alt wie die Menschheit. Hartnäckig halten sich Vorurteile, Fehleinschätzungen und Ängste. Menschen mit Schizophrenie leiden dabei besonders unter der Stigma ihrer Mitmenschen. Keine andere psychische Krankheit wird in der Bevölkerung so gebrandmarkt wie diese. Wer an Schizophrenie erkrankt, gilt als unberechenbar, aggressiv, irrational - zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unfähig. Verstärkt werden diese Klischees, Vorurteile und Berührungängste durch mangelnde Informationen und verzerrende Berichte in den Medien. Wie psychisch kranke Menschen tatsächlich leben ist kaum bekannt.

Fakten zur Schizophrenie

Schizophrenie ist eine schwere psychische Krankheit, aber nichts Unheimliches! Sie kommt relativ häufig vor: Jeder hunderste Mensch erkrankt daran. Schizophrenie tritt fast immer zwischen der Pubertät und dem 30. Lebensjahr auf. Die Betroffenen hören Stimmen, haben Halluzinationen, Wahnvorstellungen, Denk- und Wahrnehmungsstörungen. Die Ursachen der Schizophrenie sind noch nicht endgültig geklärt. Die medizinische Forschung geht davon aus, dass verletzte Menschen unter extremer Belastung und Überforderung eher zu dieser Krankheit neigen als andere. Eine Rolle spielt auch die genetische Veranlagung. Schizophrenie ist keine unheilbare Krankheit. Sie kann heute gut behandelt werden mit Medikamenten, Psycho- und Soziotherapie.

Gegen die Bilder im Kopf - Das erste internationale Antistigma-Projekt von Menschen mit psychischen Erkrankungen und Medienmachern:

- schafft geschützte Arbeitsplätze
- etabliert eine international einmalige Medienwerkstatt in einer Integrationsfirma
- motiviert Menschen mit psychischer Erkrankung, von ihrem Presserecht und ihrer Meinungsfreiheit Gebrauch zu machen
- qualifiziert sie für offensive Öffentlichkeitsarbeit
- informiert die Öffentlichkeit über die Lebenssituation psychisch kranker Menschen
- sensibilisiert Medienmacher für den Alltag psychisch kranker Menschen
- findet in Michalovce statt, wo Klienten, ihre Angehörigen und Ärzte gemeinsam an einem Modell für die Psychiatriereform in Ost- und Mitteleuropa arbeiten
- schafft Strukturen für die Integration psychisch kranker Menschen

Zwei Initiativen - Ein Ziel

„Irrsinnig Menschlich e.V.“, Verein für Öffentlichkeitsarbeit in der Psychiatrie und die slowakische Antistigma-Initiative „Öffnet Eure Türen, öffnet Eure Herzen“ engagieren sich für Verständnis und Toleranz gegenüber Menschen mit psychischen Erkrankungen. Das gelingt nur, wenn die Öffentlichkeit dazu bereit ist.

Gegen die Bilder im Kopf - Konkret und nachhaltig

Die 12 Teilnehmer der Filmwerkstatt in Michalovce setzen sich in vier einwöchigen Workshops mit den journalistischen, technischen und handwerklichen Grundlagen der Medienarbeit auseinander. Sie lernen mit einer digitalen Kamera umzugehen, am Schnittplatz zu arbeiten und selbst Filme herzustellen. Sie hinterfragen die Wirkung von Medien, um offensiv gegen Vorurteile, Klischees und Tabus vorzugehen. Erstes Ergebnis wird ein von Medienmachern und Klienten gemeinsam hergestellter Film sein: „Gegen die Bilder im Kopf“. Dieser Film wird 2003 internationale Premiere haben. Die erste selbständige Aufgabe der Medienwerkstatt wird die kritische Begleitung des dreijährigen Pilotprojekts „Transformation in ein System humanitärer Psychiatrie“ in Michalovce sein.

Stimmen zum Filmprojekt

Lenka Besterciova (Michalovce):

„Meine Gefühle während des Drehens mit der Kamera waren phantastisch. Anfangs dachte ich, das sei viel schwieriger und das können nur Profis. Aber dann habe ich gemerkt, man muss nur mutig sein und sich etwas zutrauen. Ich möchte mich unbedingt an den Dreharbeiten über unsere Psychiatrie beteiligen.“

Norbert Göller (Filmemacher):

„Ich habe noch nie mit Menschen gearbeitet, die psychisch krank sind. Ich bin überrascht, wie schnell Lenka, Ramos, Joseph und die anderen Teilnehmer der Filmwerkstatt ihre Scheu vor uns Medienmachern verloren haben, wie sie von der Kamera regelrecht Besitz ergriffen haben. Die Kamera gibt ihnen ein Stück Selbstbewusstsein und Macht. Jetzt können sie eigene Bilder produzieren, ihre Sicht zeigen.“

Sven Ramos (Leipzig):

„Die Reise nach Michalovce zur Filmworkshop - meine erste Reise ins Ausland seit acht Jahren. So lange war ich krank und zu fast nichts fähig. Echt stark, Menschen aus einem anderen Land kennen zu lernen, denen es ähnlich geht wie mir, sich auszutauschen und dann noch einen Film über unseren Alltag zu drehen, Medienmacher zu sein!“

Gegen die Bilder im Kopf - Engagement gegen Vorurteile

Der Filmworkshop von Medienmachern für Menschen mit Schizophrenie aus der Slowakei und Deutschland will Vorurteile abbauen, für Verständnis und Toleranz werben. Denn der Umgang mit psychisch kranken Menschen ist nicht allein Aufgabe der Medizin oder Psychologie. Er ist auch ein Gradmesser dafür, wie tolerant und verständnisvoll eine Gesellschaft respektive jeder Einzelne mit denen umgeht, die anders sind als man selbst - die an einer Erkrankung leiden, die jeden von uns treffen kann.

„Gegen die Bilder im Kopf“ ist eine Initiative im Rahmen des Internationalen Programms der World Psychiatric Association (WPA) gegen Stigmatisierung von Menschen mit Schizophrenie und das erste internationale Antistigma-Projekt von Menschen mit psychisch Erkrankungen und Medienmachern.

Gefördert wird das Projekt von der Robert-Bosch-Stiftung und der Lilly Deutschland GmbH.

KONTAKT

„Irrsinnig Menschlich e.V.“, Verein für Öffentlichkeitsarbeit in der Psychiatrie, Leipzig, Fon +49 (341) 2228990, info@irrsinnig-menschlich.de <http://www.irrsinnig-menschlich.de>

„Öffnet Eure Türen, Öffnet Eure Herzen“, Antistigma-Initiative der Slowakei (NGO), Fon 00421 - 566431715, E-Mail: pnminawka@in4.sk

goeller film. script. Media, Dresden

Fon +49 (351) 801 54 30, E-Mail: info@film-script.net <http://www.film-script.net>

HINTERGRUND - unkommentierte ddp-Meldungen

Frau sticht Vater nieder - Sie wollte nicht zum Psychiater

Nürnberg (ddp-bay). Eine 48-jährige Frau hat in Nürnberg ihren Vater niedergestochen, als er sie zu einer Behandlung ihrer psychischen Erkrankung überreden wollte. Nach Angaben der Polizei vom Freitag wurde der 73-Jährige bei dem Besuch von einer Ärztin des Gesundheitsamtes und einem Mitarbeiter des Sozialamtes begleitet. Als er die Tür öffnete, erhielt er von seiner Tochter einen Stich in den seitlichen Brustbereich. Der Mann wurde in eine Klinik eingeliefert, befindet sich aber nicht in Lebensgefahr. Gegen die Tochter wurde ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Totschlags eingeleitet.

Warten in Hagen - Noch keine Entwarnung nach Lassa-Alarm von Markus Peters

Hagen (ddp-nrw). Im Fall des Hagener Krankenhauserspressers kann die Polizei noch keine endgültige Entwarnung vor dem lebensgefährlichen Lassa-Fieber geben. Zwar sind im Blut des offensichtlich geistig verwirrten Täters keine Krankheitserreger festgestellt worden. Die Ergebnisse aus der Untersuchung eines Behälters, den der Mann mit sich geführt hatte, werden aber erst am Montag vorliegen. Mit der Analyse ist das Hamburger Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin beauftragt worden. Lassa-Viren verursachen schweres Fieber und führen bei etwa jedem fünften Erkrankten zum Tod. Der Mann aus Gevelsberg hatte sich am frühen Freitagmorgen in einer Kapelle des evangelischen Krankenhauses Hagen-Haspe verschanzt. Dort drohte er damit, Lassa-Viren freizusetzen. Nach mehr als drei Stunden konnte der Täter von einem Spezialeinsatzkommando (SEK) der Polizei überwältigt werden. Das Hagener Gesundheitsamt war kurz nach dem Ende des Polizeieinsatzes davon ausgegangen, dass der Täter keinen Zugang zu Lassa-Viren gehabt hatte. Der Mann wurde mittlerweile in einer geschlossenen psychiatrischen Einrichtung untergebracht. Der Polizei zufolge wollte der arbeitslose Mann mit seiner Tat anscheinend auf seine persönliche «missliche Situation» aufmerksam machen. So hatte sich der bislang nicht vorbestrafte Täter unter anderem erfolglos als Telefonist bei dem Krankenhaus beworben. Auch in anderen Kliniken in Hagen war der Mann schon aufgefallen. Das Evangelische Krankenhaus musste während des Polizeieinsatzes teilweise geräumt werden. (Quelle: Polizei in Hagen auf ddp-Nachfrage, 29. September. 2002 13:48 Uhr)

Geisteskranker tötet in Passau zwei Frauen (1)

Passau (ddp). Ein offenbar geistesgestörter Mann hat im bayerischen Passau zwei Frauen getötet. Wie die Polizei mitteilte, stach der 28-Jährige am Dienstagvormittag in einem Kaufhaus in der Innenstadt mit einem Klappmesser eine Frau nieder. Die 61-Jährige erlag einige Stunden später ihren schweren Verletzungen. Bei der Durchsuchung der Wohnung des Mannes in Thyrnau im Landkreis Passau entdeckten Polizeibeamte auch noch die Leiche seiner 22-jährigen Freundin. Die junge Frau hatte der Mann offenbar einige Stunden zuvor ebenfalls erstochen. Nach der Messerattacke in dem Kaufhaus wurde der Mann von zwei Angestellten verfolgt, die ihn gemeinsam mit einem zufällig anwesenden Polizisten überwältigten. Mit einem Klappmesser hatte er auf einer Rolltreppe des Einkaufszentrums «Donaupassage» mehrmals von hinten auf die zufällig vor ihm stehende 61-jährige Frau eingestochen. Die Frau wurde mit schweren Verletzungen an Hals und Rücken ins Krankenhaus gebracht. Zunächst schien sie nach Auskunft der Ärzte außer Lebensgefahr, erlag dann jedoch den schweren Schnittverletzungen und Stichwunden. Nach Angaben der Polizei hatte der Mann zu der Frau keinerlei Beziehung.

Im April 2000 war der 28-Jährige wegen geäußerter Selbstmordabsichten in das Bezirkskrankenhaus Mainkofen gebracht worden. Damals wurde bei ihm eine akute Psychose diagnostiziert. Zum Motiv für seine Taten gebe es noch keine Erkenntnisse, sagte ein Polizeisprecher. (17.09.2002)

Zeitung: Möglicherweise Justiz-Skandal um Passauer Messerstecher (2)

Passau (ddp-bay). Die Bluttat des psychisch kranken Johannes D., der vor einer Woche zuerst seine Freundin in der gemeinsamen Wohnung und anschließend eine unbeteiligte 61-jährige Passantin in einem Passauer Einkaufszentrum erstochen hat, hätte womöglich verhindert werden können. Der laut psychiatrischen Gutachten unter "endogenen Psychosen" leidende Täter hatte im Juni 2001 einen Rechtsanwalt als amtlichen Betreuer zur Aufsicht gestellt bekommen, berichtet die "Passauer Neue Presse" (Mittwochausgabe). Doch diese Betreuung habe das Vormundschaftsgericht am 11. Februar 2002 auf Antrag des 28-Jährigen wieder aufgehoben - gegen den ausdrücklichen Rat des betreuenden Anwalts. Der Betreuer hätte unter anderem darauf geachtet, dass sein Mandant die ihm ärztlich verordneten Medikamente regelmäßig in so genannten Depot-Spritzen verabreicht bekam. Über die Gründe des Aufhebungsbeschlusses wollte das zuständige Amtsgericht Passau aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nach Angaben des Blattes noch keine Angaben machen. Es solle aber auch schon Kritik aus der Ärzteschaft über einen angeblich zu laschen Umgang der Passauer Justiz mit Betreuungsfällen gegeben haben. (25.09.2002)

Freitod des Frauenmörders: Staatsanwalt macht Pflegern keine Vorwürfe (3)

Mainkofen (ddp-bay). Für den Selbstmord des Passauer Frauenmörders im Bezirksklinikum Mainkofen trifft das Pflegepersonal nach Ansicht der Staatsanwaltschaft keine Schuld. Niemand habe damit rechnen können, dass sich der 28-Jährige auf der Toilette mit einer im Mülleimer befindlichen Plastiktüte umbringen könne, sagte der Leitende Oberstaatsanwalt Günther Albert am Freitag

auf ddp-Anfrage in Passau. "So einen Fall hatten wir noch nie", betonte Albert. Der geistesranke Mann hatte vor zehn Tagen zuerst seine 22-jährige Freundin und anschließend in einem Passauer Kaufhaus wahllos eine Frau erstochen. Danach wurde er in einer per Video überwachten Zelle der forensischen Abteilung des Bezirkskrankenhauses untergebracht. Auf der von der Kamera nicht erfassten Toilette stülpte er sich am Donnerstagnachmittag eine Plastiktüte über den Kopf, verschnürte diese mit einem Schlafanzug und erstickte. Der Mann galt als selbstmordgefährdet. Mit dem Tod des 28-Jährigen ist nach Angaben Alberts auch das Verfahren in dem Doppelmordfall beendet. Von den Tatorten im Kaufhaus und in der Wohnung des Mannes im Landkreis Passau hatte die Kripo als Beweismaterial auch DNA-Spuren genommen. Der Schichtarbeiter war bereits vier Mal in das Bezirkskrankenhaus eingewiesen worden. Damals wurde bei ihm eine endogene Psychose diagnostiziert. Die Bluttat hatte heftige Kritik an der Justiz ausgelöst. Der Täter stand bis Februar unter der Betreuung eines Rechtsanwalts. Jedoch hob das Vormundschaftsgericht die Betreuung auf Antrag des 28-Jährigen gegen den Rat des Betreuers auf. Aufgabe des Betreuers war es unter anderem, darauf zu achten, dass seinem Mandanten die ärztlich verschriebenen Medikamente regelmäßig verabreicht wurden. (27.09.2002)

Hochstapler Postel hat 14 000 Euro Zinsschulden angehäuft

Leipzig (ddp). Der Schuldenberg des Leipziger Hochstaplers Gert Postel erhöht sich wegen angerechneter Zinsen täglich. Zu den 104 000 Euro Schulden, die der als falscher Psychiaterarzt bekannt gewordene Postel beim Freistaat Sachsen hat, seien mittlerweile Zinsen in Höhe von mehr als 14 000 Euro hinzugekommen, berichtete der Radiosender DRESDEN 103 Punkt 5 unter Berufung auf das Finanzministerium. Das Leipziger Landgericht hatte Postel 1999 neben vier Jahren Haft auch dazu verurteilt, das zu Unrecht bezogene Arzt-Gehalt an den Freistaat zurückzuzahlen. 30 000 Euro habe er mittlerweile zwar beglichen, seit seiner vorzeitigen Entlassung im vergangenen Jahr habe er die Zahlungen jedoch eingestellt. Die verbleibenden Schulden werden laut Sender mit 5,8 Prozent verzinst. Der gelernte Postbote hatte sich durch Vorlage gefälschter Zeugnisse im November 1995 bis 1997 eine Posten als Oberarzt in der Psychiatrie im Klinikum Zschadraß bei Leipzig erschlichen. Der Betrug war durch Zufall entdeckt worden.

Internet-Adressen

--> Patientenrechte

<http://www.bundesaerztekammer.de/20/05Rechte/index.html>

--> Hilfestellungen bei ärztlichen Behandlungsfehlern

<http://www.bundesaerztekammer.de/20/10Fehler/index.html>

--> Renteninformation

<http://www.renteninfo-online.de>

--> Neu: Landesverband NRW der Angehörigen psychisch Kranker

<http://www.lv-nrw-apk.de>

--> Die Rolle der Angehörigen im Bündnis für Veränderungen, 9. Brandenburgischer Landes-Psychiatrietag Neuruppin

<http://www.lichtblick-newsletter.de/anbrnm1.html>

--> Landesverbände der Angehörigen psychisch Kranker

<http://www.lichtblick-newsletter.de/angeverb.html>

--> Psychiatrie aktuell Portal - Der Zugang zur Psychiatrie für Interessierte, Betroffene, Angehörige, Ärzte, Medizinisches Personal und Studenten <http://www.psychiatrie-aktuell.de>

IMPRESSUM

Lichtblick-newsletter: Nachrichten aus Psychiatrie und Selbsthilfe (naps)
Hg: Landesverband MV der Angehörigen und Freunde psychisch Kranker e.V.
LApK MV e.V. / Vereinsregister VR 348, Amtsgericht Wismar
ISSN 1619-1927 (E-Mail-Ausgabe) ISSN 1619-1935 (Internetausgabe)

Vorsitzende: Ulrike Schob
<mailto:ulrike.schob@lichtblick-newsletter.de>

Verantwortlicher Redakteur: Roland Hartig
<mailto:roland.hartig@lichtblick-newsletter.de>

Tel/Fax: +49(0)381 - 72 20 25 / Mobil: +49(0)170 - 29 55 040
D-18106 Rostock, Henrik-Ibsen-Str. 20
<http://www.lichtblick-newsletter.de>

Webmaster: Thomas Greve
<mailto:webmaster@lichtblick-newsletter.de>

E-Mail-Auflage: 1264 Abonnenten

Kostenloses Newsletter-Archiv
<http://www.lichtblick-newsletter.de/newsletter/>

Lichtblick-Forum: http://www.forumromanum.de/member/forum/forum.cgi?USER=user_75575

Ihre Meinung und Ihre Anregungen sind uns willkommen, <mailto:redaktion@lichtblick-newsletter.de>

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im Lichtblick-newsletter können wir keine Haftung übernehmen. Sollte ein Link oder dessen Inhalt gegen jemandes Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis erhalten.

[Abbestellen]

Wenn Sie den Lichtblick-newsletter nicht mehr haben möchten, oder diesen nicht bestellt haben, rufen Sie bitte das entsprechende Formular auf. <http://www.lichtblick-newsletter.de/newsletter/>

Das Copyright für Nachrichten mit dem Kürzel ddp liegt bei der ddp Nachrichtenagentur GmbH.

Das Copyright für Nachrichten mit dem Kürzel naps liegt bei Lichtblick-newsletter.

-- BETEILIGUNG UND SPENDENBITTE --

Wir bitten Sie, uns unentgeltliche Meldungen und Berichte zu überlassen. Unterstützen Sie unsere Informationsarbeit auch mit Ihrer Spende. Danke!

Spendenkonto LApK-MV/Lichtblick-newsletter
Konto-Nr 12 00 00 1601 + BLZ 140 51 000
Sparkasse Mecklenburg-Nordwest (Wismar)

Übersicht | Newsletter drucken | Per eMail versenden | Ihre Meldung | Impressum